

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

111 (14.5.1914) Erstes Blatt

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,62 M. vierteljährlich. Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 7 Uhr. Volksredaktion Nr. 2850. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481. Zusätze: Die 6spaltige, II. Beile, oder deren Raum 20 S. Sozialinstitute billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Eine Kakenjammerstimmung

herrscht in den Kreisen der Nationalliberalen, wenigstens soweit sie noch etwas auf Liberalismus halten. Am deutlichsten tritt dies in einem Artikel der „Straßburger Post“ hervor, in welchem dem Minister Böhm einige bittere Wahrheiten gesagt werden. Die Volksschuldebatten haben den Verfasser dieses Artikels mit „allerlei Sorgen“ erfüllt. Die Schuld für die bei dieser Debatte in die Brüche gegangene Arbeitsgemeinschaft schiebt der Artikelschreiber der „Straßburger Post“ den Sozialdemokraten und Fortschrittler in die Schuhe. Den Sozialdemokraten macht er zum Vorwurf, daß sie sich bei diesen Debatten in erster Linie von ihrem Agitationsbedürfnis hätten leiten lassen, während die Fortschrittler in ihren alten Fehler des Doktrinismus verfallen wären. Mit solchen Sprüchen verjagen die Nationalliberalen immer dann zu rechtfertigen, wenn sie mit ihrer prinzipienlosen Politik sich in einer Sackgasse verrennen haben. Der Antrag Muser, um den es sich im wesentlichen handelt, hat mit der frei-religiösen Bewegung gar nichts zu tun, er ist lediglich eine ganz selbstverständliche Konsequenz der in der Verfassung garantierten ungestörten Gewissensfreiheit. Daß die Nationalliberalen diese Tatsache nicht anerkennen wollen, ist ein Beweis dafür, wie tief sie in den Sumpf der Prinzipienlosigkeit hineingeraten sind. Da war Minister Böhm doch noch konsequenter, als er sein Bedauern über den Dissidentenparagrafen ausdrückte. Wenn der Artikelschreiber der „Straßburger Post“ entwirft die Frage aufwirft: „Sind das wirklich noch liberale Töne, die der Minister da angeschlagen hat“, und ihm vorwirft, er habe mit den Argumenten und der Terminologie des Ultramontanismus seinen Standpunkt verteidigt, so ist das zwar durchaus richtig, allein ebenso richtig ist, daß die Nationalliberalen kein Recht haben, dieserhalb dem Minister Vorwürfe zu machen. Die gefährlichen Perspektiven, die der Artikelschreiber der „Straßburger Post“ angesichts dieser Haltung des Ministers sieht, sind eben nur die Konsequenzen des Verrats an den liberalen Prinzipien, den in erster Linie die Nationalliberalen auf dem Gewissen haben. Vom Standpunkt der Nationalliberalen aus kann man Herrn Böhm keinen Vorwurf machen, wenn er von der „Mutter“ Kirche und dem „christlichen Charakter“ unserer Schule spricht. Es gibt von diesem Standpunkt aus schließlich keine „freiere Auffassung“ von Christentum und Religion. Darin besteht ja der große Gegensatz zwischen den Sozialdemokraten und Fortschrittler auf der einen und den Nationalliberalen und dem Minister Böhm auf der andern Seite, daß die Ersteren eine nicht an die Konfessionen gebundene, d. h. wirklich liberale Auffassung vertreten haben, während die Auffassung der Nationalliberalen und des Ministers in ihren Konsequenzen zu der des Zentrums und der Konservativen führen muß. Vom Standpunkt der Kirchengemeinschaften gibt es eben keine solche „freiere Auffassung“ über Christentum und Religion; die ist nur möglich, wenn man das Prinzip der ungestörten Glaubens- und Gewissensfreiheit auch auf die Schulpflicht überträgt. Eine „christliche“ Schule kann es nur im konfessionellen Sinne geben, eine interkonfessionelle „christliche“ Schule ist ein Unding. Wenn der Artikelschreiber der „Straßburger Post“ aus der Aeußerung des Ministers Böhm von der „christlichen“ Schule die Schlussfolgerung zieht, daß konsequenter Weise „unzulängliche“ Lehrer von der Volksschule ferngehalten werden müßten, so hat er durchaus recht. Das ist in der Tat die Konsequenz der vom Minister und von den Nationalliberalen vertretenen Standpunkte. Die Inkonsequenz dieses Standpunktes der Nationalliberalen führt geradezu zu dem des Zentrums. Das hat Genosse Kolb auch mit aller Deutlichkeit herabgehoben. Die Nationalliberalen haben also gar kein Recht, dem Minister Böhm Inkonsequenz vorzuwerfen. Dr. Böhm ist der verkörperte wachste prinzipienlose Nationalliberalismus, wie er lebt und leidet. Wer den Weg, den Dr. Böhm eingeschlagen hat, für bedenklich hält, der muß eben der nationalliberalen Prinzipienlosigkeit in den Fragen der Schul- und Kirchenpolitik vales sagen. Dazu aber kann sich auch der Artikelschreiber der „Straßburger Post“ nicht aufraffen. Können sich die Nationalliberalen nicht aufraffen, um zu diesen Fragen eine den Prinzipien des Liberalismus entsprechende Haltung einzunehmen, dann bleibt ihnen schließlich auch nichts anderes übrig, „als sich im Dienste höherer Interessen als Kanonensutter gegen den künftlich aufgeputzten Popanz Radikalismus misbrauchen zu lassen“.

Deutsche Politik.

Sozialdemokratie und Kirchenaustritt.

Warrer Becker in Köln, der Nachfolger Rathos, bepricht in den Kölner „Evangelischen Gemein-

nachrichten“ die Kirchenaustrittsbewegung und erwähnt, daß neuerdings auch sozialdemokratische Führer daran beteiligt seien. Aber ihnen sei die Kirche nur Mittel zum Zweck: „Wer die Stellung der sozialdemokratischen Partei zur Kirche und ihre Auffassung von dem Verhältnis der Kirche zum Staat kennt, dem ist dieser Schritt ohne weiteres klar. Die Waffe ist nicht gegen die Kirche gerichtet, sondern gegen den Staat, den Klassenstaat, dessen günstiges Werkzeug die Kirche ist; getroffen aber wird zunächst ohne Zweifel die Kirche. Die sozialdemokratische Partei als solche stellt sich zu der Frage des Kirchenaustritts stets neutral. Es möge dies auch ausdrücklich hervorgehoben werden, um ungerechte Vorwürfe zu vermeiden. So kann man gelegentlich in einer sozialdemokratischen Parteibuchhandlung vergeblich nach geeigneten Agitationsmaterial für Kirchenaustritt sich umsehen und die eben ausgesprochene Behauptung ausdrücklich bestätigen hören. Der Parteigrundsatz, daß Religion Privatsache sei, soll unbedingt aufrecht erhalten werden. Wenn trotzdem dieser oder jener Führer der Partei in den Dienst der Austrittsbewegung tritt, so unternimmt er diesen Schritt für seine Person allein, nicht im Auftrag seiner Parteifreunde. Es lassen sich un schwer Zeugnisse genug hierfür beibringen.“

Diese ehrliche Anerkennung, daß die Sozialdemokratie als Partei streng im Rahmen ihrer Programmforderung „Erklärung der Religion zur Privatsache“ bleibt, trägt wohlwollend ab von den immer wieder auftauchenden Behauptungen, daß die Kirchenaustrittsbewegung von der Sozialdemokratie organisiert werde.

Die Ordensgesetzgebung in Hessen.

Die Regierung des Großherzogtums Hessen hat dem Landtag eine Vorlage unterbreitet, die eine erhebliche Wilderung der unter katholischen Orden und Kongregationen entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen in sich schließt. Da sich die Zweite Kammer anlässlich der Besprechung eines ultramontanen Antrages einstimmig im Sinne der obigen Vorlage äußerte und auch in der Ersten Kammer sich nur der evangelische Prälat dagegen wandte, so dürfte die Vorlage bereits beim Zusammentritt des Landtages noch am Ende dieses Monats in zustimmendem Sinne erledigt werden.

Die Vorlage läßt zu, daß die jetzt beschränkte Anzahl der Mitglieder weiblicher Orden, die sich dem Unterricht und der Zwangsberziehung widmen, mit Genehmigung des Ministeriums vermehrt werden können. Ferner kann den Orden und Kongregationen, die sich der Krankenpflege widmen, gestattet werden, neue Niederlassungen zu errichten oder in den vorhandenen Niederlassungen neue Mitglieder aufzunehmen. Auch der nur Seelsorge treibende Orden der Kapuziner darf die Zahl seiner bisher zugelassenen Mitglieder mit Genehmigung des Ministeriums vermehren, eventuell kann ein anderer Mönchsorden zugelassen werden. Das Zentrum zeigt bei der Behandlung der Ordensfrage in Hessen dieselbe Zweispieltigkeit, wie in der Jesuitenfrage im Reich. Während die ultramontanen Abgeordneten in der Kammer vor Dankbarkeit trieben, ob des Entgegenkommens der Regierung, bringt die Zentrumsgruppe draußen im Lande die „katholische Volksseele“ zum Kochen durch den Hinweis auf die Unzulänglichkeit der Regierungsnachgabe. Aus Agitationsgründen ist es dem Zentrum natürlich nur recht, wenn noch einige Reste der Ordensgesetzgebung der Kulturkampfszeit übrig bleiben, die in Wirklichkeit die Ordensstätigkeit kaum behindern, aber doch stets zum Aufstacheln des „katholischen Bewußtseins“ dienen können. Die Sozialdemokraten werden in der Kammer nicht verfehlen, auf diese Agitationsmethode des Zentrums hinzuweisen und durch Stellen von Anträgen auf völlige Beseitigung der Ordensgesetzgebung die Ultramontanen zu einem klaren Bekenntnis zwingen.

Sturm gegen die bayerische Reichsratskammer.

Die „befreiende Tat“ der bayerischen Reichsratskammer — so bezeichnete die „Deutsche Tageszeitung“ die Ablehnung der Arbeitslosenversicherung durch die „geborenen Gesetzgeber“ Bayerns — hat das bayerische Volk aufgeschreckt zum Kampf gegen diese bezaugelten Vertreter des Kapitalismus. Die „befreiende Tat“ hat in der Arbeiterschaft die hellste Empörung ausgelöst — das beweisen die Versammlungen, die von sozialdemokratischer Seite im ganzen Lande arrangiert werden und die einen Massenbesuch aufweisen.

In München wurde am Montag in sieben stark besuchten Protestversammlungen der kapitalistischen Ueberkammer schärfster Kampf angelegt. Das gleiche geschah in Nürnberg in sechs Versammlungen, in welchen mehr als 8000 Personen beizammen waren.

In der angenommenen Resolution heißt es: „Die Volkseindlichkeit der Reichsratskammer, ihre eigene Lösung von jedem sozialen Pflichtgefühl, die hochfahrende Art, sich über Beschlüsse der Abgeordnetenkammer, über allgemeine Volkswünsche und auch über die Bindung der Krone der ersten gegenüber hinwegzusetzen, erregt bei den Versammelten die schärfste Entrüstung. Die Versammel-

ten sind überzeugt, daß die Reichsratskammer ein Hemmnis jeder Sozialpolitik, jeder volkstümlichen Gesetzgebung ist und bleibt. Die Versammlung erkennt in der Beschlüßfassung der Reichsratskammer den engherzigen Egoismus. Aus ihr spricht der schärfste Haß gegen alle Bemühungen, die ohnehin durch schwere Notlage geprüften Arbeiter vor dem äußersten Elend zu sichern. Die nun auch dem letzten sozialdemokratischen Arbeiter klare Bedeutung der Reichsratskammer als eine Interessenvertretung der Reichsten gegen das Volk macht eine Verfassungsänderung dringend notwendig, deren wichtigster Inhalt die Abschaffung der Reichsratskammer sein muß.“

Die Geister, die sie riefen . . .

Am Montag hielt der Verband der „Wirtschaftsfriedlichen nationalen Arbeitervereine“ im rheinisch-westfälischen Industriebezirk in Bochum eine Vertreterversammlung ab, die sich in der Hauptsache mit vorbereitenden Arbeiten für die Hauptverbandstagung in Saarbrücken befaßte. Diese gelbe Garde umfaßt in Rheinland-Westfalen angeblich 165 Vereine mit rund 50 000 Mitgliedern. Der Vertretertag erklärte sich mit den „Richtlinien“, die in der Bundesauschussung vom Oktober vorigen Jahres aufgestellt worden sind, einverstanden. Dann wurden diverse Wünsche geäußert, die manchen Protektor der gelben Garde bedenklich stimmen werden. So wünschte der Werkverein der Germaniawerk Kiel eine Stellungnahme zur Arbeitslosenversicherung. Diese Begehrlichkeit wurde sofort in die gebührenden Schranken gewiesen, denn nur Faulenzler klagen über Arbeitslosigkeit und die Arbeitslosenversicherung kommt ja nur den freien Gewerkschaften zugute! Die Werkvereine der Zeche „Zollverein“ in Cateburg verlangte Besprechung der Frage des Arbeiterurlaubs. Diese Sache ist unbedenklicher und in Gnaden wird dieser Wunsch in diesem oder jenem Falle vielleicht Berücksichtigung finden. Einstimmig wurde dann die Herabsetzung der Altersrente für die Reichsversicherungsordnung von 70 auf 65 Jahre gefordert. Diese Forderung Die Nürnbergern wollen mit den Berlinern verhandeln, um die Geschlossenheit der Bewegung wieder herzustellen. — Die „Wirtschaftsfriedlichen“ scheinen auch schon von der Unzufriedenheit angekränkt zu sein; es wird Zeit, daß die Scharfmacher wirksamere Kampfmittel gegen die Arbeiterbewegung ausfindig machen.

Das geächtete Arbeiterjüngertest.

Gegen das schlesische Arbeiterjüngertest, das während der Pfingstfeiertage in Breslau stattfinden soll, werden die polizeilichen Repressalien munter fortgesetzt. Nachdem der Magistrat die Jahrhunderthalle verweigert und der Regierungspräsident das Verbot des Festzuges bestätigt hatte, wurden die Sänger bekanntlich von der großen Stadtbahn vertrieben, weil die spaziergehenden Bürger durch die revolutionären Lieder erbittert werden könnten und dann die Gefahr von Zusammenstößen entstände. Darauf beschloß der Festauschuss, das Massenkonzert an das direkt entgegengesetzte Ende der Stadt zu verlegen, in ein ausgesprochenes Arbeiterviertel, wo kein honetter Bürger in seiner Ruhe gestört werden wäre. Nun ist der Gesang auch an dieser Stelle verboten worden, weil — in dieser Gegend zu viel Arbeiter wohnen, die durch die „rote Woche“ verhebt und durch den Streik resp. die Aussperrung in der großen Maschinenbauanstalt unruhig geworden sind. Die Behörden stellen sich im übrigen auf den Standpunkt, daß der Gesang von Freizeitsliedern einer politischen Versammlung unter freiem Himmel gleich zu achten sei. Diese Versammlung verbieten sie einfach und wollen damit erreichen, daß der fast 2000 Sänger umfassende Massenchor in unzulängliche Säle gedrängt wird. Gleichzeitig dürfen natürlich bürgerliche Gesangsvereine unter freiem Himmel singen, wofür hätten wir in Preußen-Deutschland das „gleiche“ Recht für alle Staatsbürger.

Wutgeschrei der Vlamierten.

Die alldeutsche Presse ist natürlich vor Wut außer sich, weil die französischen Wähler niederrdrätlich genug waren, die Klüge vom chauvinistischen, rachefindenden Frankreich so gründlich zu zerstören. Da sie aber an den tüchtigen Erbfeind doch nicht heran kann, läßt die „Post“ ihre schlechte Laune am „Vorwärts“ aus, der die deutschen Genossen in den Wahn wiegen wolle, „als sei die Sache des Weltfriedens schon gesichert, wenn die Leute des Umsturzes wie bisher dem eigenen Volk in den Rücken fallen“. Und wörtlich weiter:

„Daß bei diesem sauberen Handwerk (nämlich der Sicherung des Weltfriedens) die „Brüder“ jenseits des Wasgans als Vorbilder geehrt werden, könnte uns vom deutschen Standpunkt aus schon recht sein; wenn tatsächlich die französischen Genossen unpatriotischer wären als die deutschen. Die Wirklichkeit aber zeigt das Gegenteil. Wenn es gilt, den Gipfel der nationalen Würdelosigkeit zu erreichen, so haben wir bisher immer die deutschen Sozialdemokraten an der Spitze aller Völker marschieren sehen. . . . Und was wird der Lohn sein für diese Anbiederei? Auf keinen Fall werden die Franzosen für die „Verbrüderung“ gewonnen werden, sondern höchstens hier mit Geringschätzung, dort mit Verachtung auf eine Partei schauen, die sich soweit vergehen kann.“

Seite 8. äcke u. Erweichung kstügen Taschen hen räger lid und Stütz erhaus Rämle Straße 51. Konsole 4. Et. m. Nidelgeit, gut erb., ein gu zu verkaufen 1. 4. Et. ch & e Waggon eladen e Bitte ität! eführt: und- eleimer orten. chte 0 Pfa. 55 Pfa. 1.35 men 0 Pfa. 5 Pfa. 60 ellen 0 Pfa. 1.— 2.— eer 0 Pfa. 1.10 50 osen 0 Pfa. 5 Pfa. 25 tia- uren 0 Pfa. 5 Pfa. 5 Pfa. h & e

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Lassen wir den Blamierten von diesseits des „Wassgangs“ einen Blamierten von jenseits antworten. Am 7. Mai sprach der ehemalige Ministerpräsident Barthou in einem Saale des 11. Pariser Wahlkreises, während die Arbeiter draußen auf der Straße stürmisch gegen ihn demonstrierten. Herr Barthou sagte:

„In Deutschland gibt es 2 (?) Millionen sozialistischer Arbeiter, also Parteigenossen der Männer, die in diesem Augenblick auf der Straße schreien und toben. Aber diese Millionen deutscher Sozialisten, weit entfernt wie die unsterblichen Vaterlandsfeindlichkeit und Fahnenflucht zu predigen, sind bereit, sich bei der Kriegserklärung auf unsere Grenze zu stürzen.“

Der Zweck ist derselbe, die Mittel sind dieselben. Gelogen wird auf beiden Seiten, daß sich die Balken biegen, aber, o Jammer, eine Lüge hebt die andere auf! So geht es seit Jahrzehnten. Immer sind die eigenen Sozialdemokraten die Vaterlandsverräter, und die fremden sind die Patrioten. Glücklicherweise werden diejenigen, die auf den platten Schwindeln hineinfallen, hüben wie drüben immer weniger. Alle werden können sie freilich nicht, sonst befäme ein altes Sprichwort unrecht.

Exkurs für den bayerischen Reichsrat.

Die Arbeiterklasse ganz Deutschlands empfindet helle Empörung über die Schandtat der bayerischen Reichsräte, die die von der Regierung geforderte Unterstützung der kommunalen Arbeitslosenversicherung ablehnte. Aber ein Bester ist den christlichen Herren doch entstanden — in dem „Verband der wirtschaftsfriedlichen nationalen Arbeitervereine im rheinisch-westfälischen Industriebezirk“, der am 11. Mai in Bochum einen Vertretertag abhielt. Ueber die Vorgänge auf diesem „Arbeitertag“ wird in der gelben Presse u. a. berichtet:

„In der Mehrzahl sprachen sich die Delegierten dahin aus, daß der Arbeitslosigkeit zweckmäßig durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit sowie durch die Vermehrung der Nachfrage Gelegenheiten zu billigen Preisen entgegenzuwirken werden könne. Im allgemeinen komme die Frage über Arbeitslosigkeit vielfach aus Kreisen, die der Arbeit nicht sehr zugewandt seien. In Köln habe man festgestellt, daß die Arbeitslosenversicherung hauptsächlich den Mitglieder der freien Gewerkschaften zugute komme. Eine Regelung der Frage auf reichsgesetzlicher Grundlage hält man nicht für notwendig.“

Die gelben „Arbeitervertreter“ reden über die Arbeitslosenversicherung ganz so wie die bayerischen Fürsten und Grafen. Die vom bayerischen König, vom bayerischen Ministerpräsidenten und vom Erzbischof von Bamberg vertretene entgegengesetzte Auffassung ist ihnen offenbar schon zu „sozialdemokratisch“. Sie scheuen sich nicht, die schartige Arbeitervereine zu wiederholen, daß nur die Arbeitslosen über Arbeitslosigkeit klagen und erklären sich bereit, im Falle der Erwerbslosigkeit untertänigst zu verhungern.

Zum Fall Jastrów.

Am Dienstag hat der durch den Gerichtsvollzieher gekündigte Hochschulpflichter Jastrów an der Berliner Handelshochschule seine Vorlesungen wieder aufgenommen. Die Studierenden brachten ihm Dationen dar, die ihn veranlaßten, eine Ansprache zu halten. U. a. machte er die folgenden Ausführungen:

„Der Tag wird kommen, an dem Ihnen volle Gewißheit darüber gegeben wird, wo die Ursachen zu suchen sind, weswegen unser heutiges Weibersehen die Bedeutung eines dauernden Zusammenbleibens nicht hat und nicht haben konnte. Unter allen meinen Zuhörern, die ich kenne und als Charakter schätzen gelernt habe, ist nicht einer, zu dem ich nicht das feste Zutrauen hätte, daß er in seinem späteren Leben in einer ähnlichen Situation sich genau so verhalten würde, wie ich mich verhalten habe.“

Das sind Anklagen gegen die Keltesten der Berliner Kaufmannschaft, die mit der Sprache herausriden werden, wenn ihre Handlungsweise vor der Kritik der Öffentlichkeit standhalten kann.

Das rote Plakat.

In Elbingerode (Harz) wurde kürzlich das Reigenfahren des dortigen Arbeiter-Radfahrervereins polizeilich überwatcht. Gleichzeitig erhielt ein Mitglied, das die Einladungsplakate angeklebt hatte, einen Strafbefehl über

40 Mk., weil die Plakate von roter Farbe waren und deshalb das Straßenbild — verunzierten.

Ausland.

Oesterreich.
Ein Christlich-Sozialdemokratisches Wahlbündnis im heiligen Land Tirol. Bei den Tiroler Landtagswahlen wurde soeben, wie die „Kölnische Volkszeitung“ ausdrücklich bestätigt, unter Zustimmung des Brigener Fürbischofs ein Wahlbündnis zwischen Christlichen und Sozialdemokraten für die Städte Innsbruck und Merano abgeschlossen. Das Wahlbündnis wurde getreulich durchgeführt. Am Stadtratswahltag zog die Christlichkeit mit dem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme zu geben. Die beiden Christlichen Parteien, Christlich-Soziale und Christliche, enthielten sogar zugunsten der sozialdemokratischen Kandidaten eine rege und leidenschaftliche Agitation. Die Christlichen Studenten und Geistlichen zogen am 8. Mai von Haus zu Haus, um Wähler für die Sozialdemokraten zu gewinnen. Die „Köln. Volksztg.“ rechtfertigt das Bündnis damit, daß das Doppelspiel der Liberalen die Christlichen zu diesem wahlstrategischen Manöver gezwungen habe. Dem Innsbrucker Rathhaus-Liberalismus sollte ein Denzettel gegeben werden, weil er sich weigerte, den anderen Parteien Gleichberechtigung zu gewähren.

Frankreich.
Der französische Wahlsieg. Ein gewaltiger Sieg ist von den französischen Genossen nach einem Kampf voll sozialistischer Arbeit, Energie und Disziplin genommen worden; ein Sieg, der das gesamte internationale Proletariat mit der inigsten Freude erfüllt und zugleich mit neuen Hoffnungen auf den Sieg des Sozialismus in allen Ländern erfüllt.

Moin liegt die gewaltige Bedeutung des Sieges unserer französischen Genossen? Zunächst darin, daß dieser Sieg erwiesen hat, daß die sozialistische Idee in ganz Frankreich im Vormarsch begriffen ist. Die Siege sind errungen worden in ländlichen Wahlkreisen sowohl als in großstädtischen und in industriellen Wahlkreisen. Sie sind errungen worden mit einem klaren sozialistischen Programm, welches die revolutionären Grundzüge der Partei in den Vordergrund stellte, sie zur Grundlage des ganzen Wahlkampfes machte. Man kann mit stolzer Genugthuung sagen: Der Sozialismus hat gesiegt bei Bauern wie bei Arbeitern!

Die Bedeutung des Sieges liegt ferner darin, daß er errungen worden ist ohne jedes Kompromiß. Der eigenen Kraft der Partei und ihrer planvoll arbeitenden Organisation allein ist der Sieg zuguschrieben. Diese Bedeutung darf nicht verkannt werden. Jaures erkannte an, daß der Sieg der Organisation zu verdanken ist und rief auf zu ihrer Stärkung und Ausbreitung.

Die Bedeutung des Wahlsieges unserer französischen Genossen wird aber auch nach anderer Seite hin eine große sein: Es ist fernerhin denkbar, Parlamentarismus und Regierungsgeschäfte etwa im ausgeprochenen Gegensatz zur geistigen Sozialistischen Partei erleben zu wollen. Der Sieg unserer Genossen ist ein starker Vorstoß gegen die dreijährige Dienstzeit, und er ist die Garantie einer den Besitz und das Einkommen betreffenden Besteuerung. Der Sieg ist die Gewähr für die Durchführung einer gefundenen Sozialpolitik. Und er zeigt endlich, daß die Massen der französischen Arbeiter dieselben Feinde allen Chauvinismus sind wie die deutschen Arbeiter. Der deutlich-französischen Verbrüderung ist ein kräftiger Niegel vorgelegt. Das ist das schönste Resultat des Wahlsieges unserer französischen Genossen, den wir deshalb doppelt freudig mitzufeiern allen Anlaß haben.

Holland.
Ein sozialdemokratischer Bürgermeister. Die Industrie- und Handelsstadt Zaandam in Nordholland, nicht weit von Amsterdam, die 25 000 Einwohner zählt, ist die erste Stadt der Niederlande mit einer sozialdemokratischen Gemeinderatsmehrheit und einem ebensolchen Bürgermeister (dem Genossen Ter Laan, der seit etwa einem Vierteljahr amtiert. Bald nach seinem Amtsantritt erhielt er Gelegenheit, sein Geschick in einem großen Streik zu bewähren. Zaandam ist der bedeutendste Holzhafen des Landes, zählt auch eine Anzahl Sägewerke. Nun traten die Hafenarbeiter in eine Lohnbewegung ein. Trotz ihrer Forderung gering war, stehen es die Unternehmer zum Streik kommen, offenbar in der Hoffnung, der neuen Stadtverwaltung Schwierigkeiten damit zu machen, womöglich gar Zwiespalt zwischen ihr und der Arbeiterschaft herbeizuführen. Man ist nämlich in Holland wie anderwärts gewohnt, daß bei allen Streiks die Polizei, nötigenfalls auch das Heer, den Unternehmern zur „Aufrechterhaltung der Ordnung“ zu Gebote steht. Diesmal aber trat die Behörde nicht als Un-

besgenosin der Internationales auf. Ter Laan trat mit den Gewerkschaften in Verbindung und besprach mit ihnen die Streitakt. Kamentlich sorgte er dafür, daß alle Arbeiter, die nicht gut freitren können, unbedrängt blieben. Im übrigen verwandte er die Polizei nur, um wirklich die Freiheit des Verkehrs aufrechtzuerhalten. Aus diesem verständigen Zusammenwirken ergab sich ein völlig ruhiger Verlauf der Bewegung, die trotz Beteiligung von 500 Mann in 5 Wochen noch zu keiner Aufhebung geführt hat. Die Unternehmer und ihre Organe sind natürlich empört über ein derartiges Vertragen der öffentlichen Gewalt, deren vornehmste Aufgabe doch die Herbeiführung von Konflikten und die dadurch ermöglichte Niederwerfung der Streitenden sein müßte. Aber die Arbeiter des ganzen Landes sehen, wie Gen. Wieggen im „Peuple“ schreibt, mit Freuden, daß die Sozialisten an der Macht imstande sind, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten und alle Gewalt und Unordnung zu verhüten.

Badischer Landtag.

Der Kultusetat und das Dotationsgesetz wurde gestern zu Ende beraten, ohne daß wesentlich neue Gesichtspunkte zur Besprechung gelangten. Minister Dr. Böhm geht nochmals kurz auf einige Punkte ein. Er betont nochmals, daß er den Freireligiösen gegenüber auf dem Boden des Gesetzes stehe. Die Zustimmung zur Aufhebung des Jesuitengesetzes lehnt der Minister ab; dagegen ist er wegen Zulassung eines Männerklosters in Baden mit der Kurie zu Unterhandlungen bereit. Nach einigen Bemerkungen des Zentrumsabgeordneten Kopf erfolgten die Abstimmungen. Der Kultusetat und das Dotationsgesetz werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler mit Ausnahme Dr. Gönners, der sich zur Rechten schlägt, angenommen. Nach Erledigung mehrerer Gesetzentwürfe vertagte sich das Haus auf heute.

73. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlsruhe, 13. Mai. Präsident Rohrbach eröffnet die Sitzung um 9 Uhr. Am Regierungstisch: Minister Dr. Böhm und Kommisjäre.

Fortsetzung der Beratung über Kultusetat und Dotationen.

Abg. Dr. Gerber (Nat.) äußert sich zu den Gehältern der evangelischen Geistlichen. Diese müssen auch für ihre Familien sorgen.
Abg. Böhler (Kons.) dankt dem Abg. Muser für seine Gratulation zur Verlobung seiner Fraktion mit dem Zentrum (Heiterkeit). Der Redner befaßt sich weiter mit der Person Musers. Präsident Rohrbach bittet, dies zu unterlassen. Es liegt nicht im Interesse der Geschäfte, daß das persönliche Verhältnis der Mitglieder des Hauses gespannt wird. Die Kirche muß unterstützt werden. So lange die Hochschulen nicht auf eigenen Füßen stehen, kann man dies auch nicht von der Kirche verlangen. Heute muß man der Religionslosigkeit entgegen treten, wogu die christlichen Konfessionen zusammengehen müssen. Die geistigen Bemerkungen über übertriebene Kirchendauten sind zu unterstützen.

Minister Dr. Böhm: Durch den ruhigen friedlichen Verlauf ist die Annahme dieses Budgets und des Dotationsgesetzes gesichert. Eine Reichsfrist zu den Dotationen kann ich allerdings nicht anerkennen; dies möchte ich gegenüber dem Abg. Dr. Schofer feststellen. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß es sich bei dem Farraupfesserungsgejetz um eine freiwillige Gabe handelt. Die Regierung ist damit einverstanden, mit den obersten Kirchenbehörden in Verhandlungen einzutreten, wie die Dotationen allmählich in Wegfall kommen können. Bei den Kirchendauten könnte gespart werden, wie dies Abg. Gönner vorschlägt. Die Position der Freireligiösen kann ich wohl verstehen; was das Zentrum jedoch hierzu sagt, trifft zu. Denn es handelt sich hier um ein dringendes Bedürfnis des Volkes. Wegen der abnehmenden Stellung zu dieser Frage kann man allerdings niemand den Vorwurf der Religionsfeindschaft machen. Was Abg. Kopf zur russischen Kirche sagte, berührt übrigens den Gedanken der Trennung nahe. (Abg. Hummel: Sehr richtig!) Staat und Kirche sind bei uns jedoch enge verbunden, jedoch das jetzige Verhältnis nicht geändert werden kann. Die Ansichten von Dr. Kopf teilen auch ich nicht; sie enthalten allerdings Kränkungen der evangelischen Bevölkerung. Auf dem Boden der Parteischrift des Erzbischoflichen Ordinariats siehe ich nicht. Die Freireligiöse Gemeinde in Mann-

Die Götter dürsten.

Roman aus der französischen Revolution.
Von Anatole France. (Nachdr. verb.)

Und als er sie drang:
„Bei der Heiligkeit unserer Liebe, ich werde Ihnen kein deutliches Bild von diesem . . . Fremdling geben können. Ich will Ihre Eiferlust nicht mit einem Gespenst erregen, ich will keinen störenden Schatten zwischen Sie und mich werfen. Ich habe diesen Menschen vergessen und will Sie daher nicht mit ihm bekannt machen.“

Gamein bestand darauf, den Namen des Verführers zu wissen. So nannte er ihn beharrlich, den er war fest überzeugt, daß Glodie verführt, getäuscht und betrogen worden war. Ja, er konnte es sich gar nicht denken, daß es anders gewesen sein könnte, daß sie dem Verlangen, dem unbezwinglichen Drange gefolgt wäre, daß sie den Einflüsterungen der Sinne und des Blutes gehorcht hätte. Er konnte es sich nicht vorstellen, daß dieses sinnliche, zärtliche Wesen, dieses schöne Opfer, sich dargeboten hätte. Um seinen Geist zu beruhigen, mußte er glauben, daß sie mit List oder Gewalt bezwungen, mißbraucht worden, daß sie in Schlingen, die ihr gelegt waren, gestraucht wäre. Er stellte ihr Fragen in schonender Form, aber bestimmt, knapp und peinlich. Er erkundigte sich nach dem Beginn dieses Verhältnisses, ob es lang oder kurz, still oder stürmisch gewesen sei, und wie der Bruch, erfolgt wäre. Immer wieder kam er darauf zurück, welche Verführungsmomente dieser Fremde angewendet hätte: gleich als ob er zu selbstamen, unerhörten Mitteln gegriffen hätte. Alle diese Fragen waren vergebens. Ihr Widerstand war sanft und flüchtig. Sie schwieg mit geprechten Lippen und tränenerfüllten Augen.

Nur als Evarist fragte, wo der Mensch sich jetzt aufhalte, erklärte sie: „Er hat das Königreich verlassen.“ Und sich rasch verbessernd sagte sie: „Frankreich.“

„Ein Emigrant!“ rief Gamein aus.

Sie blühte ihn stumm an, beruhigt und doch traurig, daß er sich die Wahrheit nach seinen politischen Ansichten zurechtlegte und seiner Eiferlust so rasch einen jakobinischen Anstrich gab.

In Wirklichkeit war Glodies Liebhaber ein kleiner Gerichtsschreiber, ein bildhübscher Schwerenötter gewesen. Sie hatte ihn angebetet und er machte ihr noch in der Erinnerung nach drei Jahre das Herz warm. Er suchte sein Glück bei reichen, älteren Frauen und hatte Glodie wegen einer erfahrenen Dame verlassen, die seine Verdienste liebte. Nach der Aufhebung aller Behörden war er zur Stadtverwaltung von Paris übergetreten. Gegenwärtig war er Sausculotendragoner und Liebling einer vormaligen Aristokratin.

„Ein Adliger! Ein Emigrant!“ wiederholte Gamein. Sie hütelte sich wohl, ihn von dieser Spur abzubringen, denn sie hatte nie gewünscht, daß er die volle Wahrheit erfähre. „Und er hat dich schmählich verlassen?“
Sie nickte.
Er drückte sie an sein Herz.
„Goldes Opfer der monarchischen Sinnesverderbnis, meine Liebe wird dich an diesem Rußlofen rächen. Möge der Himmel ihn auf meinen Weg führen! Ich werde ihn schon erkennen!“

Sie wandte den Kopf ab, traurig und lächelnd zugleich, und enttäuscht. Sie hätte gewünscht, daß er in der Liebe mehr Einsicht besäße, daß er natürlicher und brutaler wäre. Sie fühlte wohl, daß er ihr nur deshalb so rasch verzieh, weil seine Phantasie kalt war, weil ihr Geständnis keines jener Bilder in ihm erweckt hatte, welche die Wollüstigen peinigen, und schließlich auch, weil er in dieser Verführung nur eine moralisch-soziale Tatsache sah.

Sie waren aufgestanden und schlenderten die grünen Baumgänge entlang. Er sagte, weil er um sie gelitten hätte schätze er sie um so mehr. Glodie verlangte gar nicht so viel; aber so, wie er war, liebte sie ihn und bewunderte den Künstlergeist, den sie in ihm glänzen sah.

Als sie den Luxembourrgarten verließen, sahen sie Aufläufe in der Rue de l'Égalité und um das National-

theater herum, was sie jedoch nicht überraschte. Seit mehreren Tagen herrschte große Erregung in den patriotischen Stadtteilen; man bemerzte die orleanistische Partei und die Anhänger Brissots wegen angeblicher Verschwörung zum Untergang von Paris und zur Ermordung der Republikaner. Gamein selbst hätte ja vor kurzem die Petition der Kommune mit unterzeichnet, die Einmündungsjung zu ächten.

Als sie in die Arkade einbiegen wollten, die das Theater mit dem Nebenhause verband, mußten sie durch eine Gruppe von Bürgern in Karmagnolen. Ein junger Soldat, der einen mit Panzerhelm besetzten Helm trug, schön wie der Amor des Praxiteles, hielt diesen Reuten von einer Galerie herab eine Ansprache. Der schmude Kriegsmann beschuldigte den Volksfreund der Lästigkeit.

„Du schläfst, Marat“, so rief er, „und die Föderalisten schmieden uns Ketten!“
Kaum hatte Glodie ihn erblickt, so sagte sie rasch:
„Komu, Evarist!“

Die Volksmenge flüchte ihr angeblich Angst ein und sie fürchtete, in diesem Gedränge ohnmächtig zu werden. Auf der Place de la Nation trennten sie sich und schworen sich ewige Liebe.

Am selben Morgen hatte der Bürger Brotteaur der Bürgerin Gamein einen prächtigen Kapaun zum Geschenk gemacht. Es wäre unklug gewesen, hätte er die Herkunft dieser Gabe verraten. Er hatte ihn nämlich von einem Marktweib aus der Halle bekommen, für das er manchmal Briefe schrieb; und die „Damen der Halle“ galten für royalistisch und standen im Eingernehmen mit den Emigranten. Die Bürgerin Gamein hatte den Kapaun dankbaren Herzens angenommen. Solches Geflügel war damals eine Karität; die Lebensmittel wurden immer teurer. Das Volk befürchtete eine Hungersnot; die Aristokraten, so hieß es, wünschten sie, und die Kornwucherer führten sie herbei.

(Fortsetzung folgt.)

heim ist im Sinne einer Religionsgemeinschaft nach § 2 des Gesetzes vom Jahre 1860 zu betrachten; die anderen freireligiösen Gemeinden gelten aber nur als private religiöse Vereinigungen wie andere Sektten. Die Regierung steht den freireligiösen keineswegs feindselig gegenüber. Den Anspruch auf öffentlichen Unterricht und auf das Recht, ihren Prediger in die Schulkommision zu senden, können wir allerdings den freireligiösen nicht zubilligen. Die Denkschrift des Erzbischoflichen Ordinariats geht jedenfalls erheblich zu weit in der Beschränkung der Begriffe der Gewissensfreiheit. Was das Jesuitengesetz betrifft, so lehnen wir die Aufhebung ab, weil es jedoch gerade an der Milderung mit. Das Zentrum verlangt aus rechtlichen und religiösen Gründen die Zulassung der Männerkloster. Die Sozialdemokraten und die Fortschrittler unterstützen diese Forderung aus rechtlichen Gründen. Die Konservativen überlassen die Frage der Zulassung mit Ausnahme des Herrn Bauschbach, der die Zulassung ablehnt. Die Nationalliberalen lehnen die Zulassung aller Männerklöster ab und verlangen im Falle der Zulassung zum mindesten Aufrechterhaltung gewisser Kautelen. Erheblich scharfer sprachen sich 78 Proteste gegen die Zulassung der Männerklöster aus. Wir werden die Proteste beachten; doch liegt hierin kein Grund Verhandlungen mit der Kurie abzulehnen. Wir sind also zu Verhandlungen mit der Kurie bereit. Nebenfalls wird die Frage durch die Gesetzgebung erledigt. Dieser friedliche Schritt kann nur dadurch zur Lösung führen, daß die Kurie selbst eine friedliche Lösung ersehnt. Die Kurie darf daher nicht mit Forderungen auf noch mehr Klöster kommen. Dies geht zu weit. Ich unterstütze gerne die Kirche; aber höher steht mir das Staatsinteresse.

Hg. Kopf (Zentr.): Der Herr Staatsminister hat... (Hr. Böttger: Weh das Herz voll ist, daß läuft der Mund über. Stürmische Heiterkeit im ganzen Hause.) Die Trennung von Kirche und Staat ist am schwierigsten auf dem Gebiete der Schule. Ohne positive Religion kommen wir nicht aus; es würde eine allgemeine Verwirrung eintreten. Den Standpunkt der Denkschrift des Erzbischoflichen Ordinariats kann man als berechtigt durchaus anerkennen. Die Erklärung des Ministers, daß er einer Aufhebung des Jesuitengesetzes nicht zustimme, lautet anders als die Erklärung des Staatsministers bei der Finanzdebatte. Diese Erklärung hat mich aufs höchste überrascht. Es würde mich interessieren, ob dies die Meinung des Gesamtministeriums oder des Ministers ist. Gerade der badische Staat sollte der Aufhebung des Jesuitengesetzes zustimmen. Gerade in Anbetracht des Zusammenschlusses aller staatsrechtlich geltenden Elemente sollte das Gesetz aufgehoben werden. Alle freireligiösen Parteien lehnen das Gesetz ab und auch zwei Drittel dieses Hauses steht auf dem Standpunkt der Aufhebung. Auch bei den Männerklöstern handelt es sich um eine Frage der Freiheit und der Gleichberechtigung. Man sollte auf der anderen konfessionellen Seite verstehen, daß es taftlos ist, sich in die inneren Fragen unserer Kirche einzumischen. Man soll sich auf einen wahrhaft liberalen Standpunkt stellen.

Minister Dr. Böhm: Ich erklärte ausdrücklich, daß das, was der Herr Staatsminister sagte, auch für mich maßgebend ist. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß das Gesetz restlos nicht aufgehoben werden kann. Es kann sich nur um eine Verringerung handeln, daß das Gesetz in die bundesstaatliche Kompetenz übergeht. Ein Meinungsunterschied besteht in dieser Frage im Ministerium nicht.

Die allgemeine Beratung wird geschlossen. Das Delegationsgesetz wird mit 49 gegen 15 Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler, mit Ausnahme des Hg. Gönnner, der dafür stimmte, in namentlicher Abstimmung angenommen. Der Kultusrat wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler mit Ausnahme Gönnners angenommen. Die Resolutionen werden als erledigt erklärt.

Hg. Seubert (Zentr.) nimmt in einer persönlichen Bemerkung seinen gestrigen Zwischenruf „Der Badische Landesbote“ habe bei der Wahl Dr. Births geschrieben: Der Banfert ist gewählt“ als unrichtig zurück.

Gesetzentwurf betr. die Vereinigung der Gemeinde Almannsdorf mit Konstanz

Hg. Ködel (Zentr.) den Bericht der Kommission für Justiz und Verwaltung. Dem Gesetzentwurf zufolge geschieht die Vereinigung am 1. Januar 1915. Mit der Eingemeindung scheidet Almannsdorf aus dem 4. Landtagswahlkreis aus und wird als Bestandteil der Stadt Konstanz behandelt. Im Interesse der Weiterentwicklung der Stadt Konstanz war die Eingemeindung ein dringendes Bedürfnis. Die Kommission befragt die Zustimmung des Gesetzentwurfs.

Hg. Schrümmer (Zentr.) spricht seine Zustimmung zur Vereinigung aus.

Hg. Benedy (Fortfchr.) gibt seiner Freude über die Eingemeindung Ausdruck. Der Hg. Dr. Schöfer machte durch einen Zwischenruf darauf aufmerksam, ob mir in wahlrechtlicher Beziehung die Eingemeindung angenehm sei. Die Ergebnisse der Reichstagswahl beweisen für mich Gutes. Im übrigen kommen hier wirtschaftliche Gesichtspunkte in Betracht und deshalb ist die Eingemeindung zu begrüßen.

Der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen.

Gesetzentwurf betr. die Abänderung des Rechtspolizeigesetzes vom 17. Juni 1899

Hg. Dr. Koch (Natl.) namens der Justizkommission. Dem Gesetzentwurf zufolge können auch Frauen als Gemeindevorstände zugelassen werden. Der Gesetzentwurf wurde am 9. März nochmals an die Kommission zurückverwiesen. Der umfrittene Passus erhält nunmehr die Fassung, daß zur Ablehnung sowie zur Amtsniederlegung vor Ablauf der Dienstzeit dieselben Gründe berechtigen, die zur Ablehnung der Wahl in den Gemeinderat maßgebend seien. Ueber deren Vorhandensein entscheidet der Gemeinderat. Ablehnung sowie Rücktritt ohne genügende Entschuldigung zieht die Erlegung eines Betrags von 20 bis 50 Mk. nach sich. Die Kommission beantragt Genehmigung des Gesetzentwurfs.

Hg. Dr. Bernauer (Zentr.): In der Kommission sind wesentliche Änderungen vorgenommen worden. Die Kommission hat die Sache sehr berührt, indem sie die Frauen zur Annahme des Amtes wie Männer verpflichtete. In dieser Fassung kann ich das Gesetz nicht annehmen. Ich werde gegen den Kommissionsantrag und im Falle der Annahme gegen das Gesetz stimmen.

Staatsrat Hübsch bittet, den Gesetzentwurf in der Fassung der Ersten Kammer anzunehmen; also so wie der erste Entwurf lautete. Die Kommission hat den Gesetzentwurf verschärft, indem sie die Annahme des Amtes zum Zwang machte. Mit einem so weitgehenden Zwang wird nichts Gutes getan. Ich bitte, dem Antrag der Kommission nicht Folge zu leisten.

Hg. Dr. Koch (Natl.): Die Kommission ging über ihre Berechtigung nicht hinaus. Ich bin auf Grund gesetzlicher Gründe für den Kommissionsantrag. Man soll im Interesse der Frauen vor ihnen die gleichen Pflichten verlangen wie vom Mann.

Präsident Rohrhurst teilt mit, daß ein Antrag Bernauer (Zentr.) und Gen. einging, den Abkz 2 des Gesetzes wieder in

der Fassung der ersten Kammer anzunehmen; also die Annahme des Amtes zu einer freiwilligen zu machen.

Hg. Böttger (Soz.): In dem vorliegenden Gesetzentwurf wird dem Prinzip der Gleichberechtigung der Frauen Rechnung getragen; also müssen auch gleiche Pflichten verlangt werden. Es handelt sich hier um soziale Pflichten. Meine Fraktion wird daher für den Antrag der Kommission und gegen den Antrag Bernauer stimmen.

Es folgt die Abstimmung. Der Antrag Bernauer (Zentr.) wird mit den Stimmen des Zentrums, der Konservativen und von einigen Nationalliberalen angenommen. Damit wird der Gesetzentwurf in der Fassung der ersten Kammer wiederhergestellt: Frauen sind zur Übernahme des Amtes nicht verpflichtet und können dasselbe jederzeit niederlegen. Die Resolution des Frauenerbundes wird als erledigt erklärt.

Der Gesetzentwurf wird in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Gesetzentwurf betr. die Berufsvormundschaft

Hg. Dr. Koch (Natl.): gibt den Bericht der Justizkommission. Dem Gesetzentwurf zufolge können dem Vorstand eines unter staatlicher Aufsicht stehenden Erziehungs- oder Verwaltungsanstalt die Rechte eines Vormundes oder Pflegers eingeräumt werden. Eine Gemeinde kann mit Genehmigung anordnen, daß ein Gemeinde- oder Kreisbeamter alle oder einzelne Rechte und Pflichten eines Vormundes oder Pflegers für diejenigen Minderjährigen hat, die unter seiner Aufsicht erzogen werden. Dem Berufsvormund können zu seiner Unterstützung in der Sorge für die Person der Minderjährigen Hilfspersonen, insbesondere Frauen, beigegeben werden. Bei der Auswahl dieser Hilfspersonen und derjenigen Personen, welchen die unmittelbare Leitung der Erziehung anvertraut ist, ist auf das religiöse Bekenntnis des Mündels Rücksicht zu nehmen. Das Berufsvormundschaftsgericht kann einen Gemeinde- oder Kreisbeamten zum Vormund für diejenigen Minderjährigen bestellen, welche unter der Aufsicht des Beamten entweder in einer von ihm ausgeschiedenen Familie oder Anstalt oder, sofern es sich um uneheliche Kinder handelt, in der mütterlichen Familie erzogen oder verpflegt werden. Die Kommission beantragt Genehmigung des Gesetzentwurfs.

Präsident Rohrhurst teilt mit, daß ein Antrag Wittmann (Zentr.) und Genossen einging, der zu dem Gesetz im § 2 folgenden Zusatz 2a wünscht. Gehört der Berufsvormund einem anderen religiösen Bekenntnis als das Mündel an, so ist ein Mitvormund aus dem religiösen Bekenntnis des Mündels zu ernennen.

Hg. Wittmann (Zentr.) begründet den Antrag. Wir sind mit dem Inhalt des Gesetzes einverstanden. Der Berufsvormund darf nur Ausnahme sein. Bei der Erziehung muß die religiöse Seite ganz besonders betont werden. Die religiöse Erziehung muß individuell sein. Deshalb muß ein Vormund aus dem religiösen Bekenntnis des Mündels vorhanden sein. Es würde sich vielleicht empfehlen, das Gesetz an die Justizkommission zurückzuberufen.

Präsident Rohrhurst teilt mit, daß Hg. Wittmann (Zentr.) Zurückverweisung an die Kommission beantragt.

Staatsrat Hübsch: Weber die Regierung noch die Erste Kammer war sich darüber im Zweifel, daß die Einzelvormundschaft der Berufsvormundschaft vorgezogen ist. So große Wichtigkeit die Regierung den religiösen Bedenken beimist, so ist dieser Umstand bereits durch § 5 des Gesetzes erledigt. Es ist daher mit dem Gesetze für die religiöse Erziehung bereits genügend Rechnung getragen. Es liegt daher kein Grund vor, dem Gesetze Rückfragen entgegenzubringen. Das Gesetz sollte daher möglichst einstimmig angenommen werden. Ich möchte daher der Zurückverweisung an die Kommission nicht widersprechen.

Der Antrag auf Zurückverweisung des Gesetzes an die Kommission wird angenommen.

Gesetzentwurf betreffend Ergänzung eines Gesetzes über die Zwangsvollstreckung wegen öffentlich-rechtlichen Geldforderungen

Hg. Dr. Gönnner (Sp.) den Kommissionsbericht. Die Kommission beantragt Genehmigung. Der Gesetzentwurf setzt Vermögen- und Wohngebühren bei öffentlich-rechtlichen Forderungen fest.

Finanzminister Dr. Rheinboldt erklärt sich mit den Änderungen des Gesetzentwurfs einverstanden.

Der Gesetzentwurf wird in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Gesetzentwurf, die Gehaltsordnung betr.

Hg. Kopf (Zentr.) den Bericht namens der Budgetkommission. Der § 48 der Gehaltsordnung ist f. Zt. in das Gesetz aufgenommen worden, um eine finanzielle Verschlechterung der aus dem Arbeiterverhältnis hervorgegangenen Beamtenkategorien zu verhindern. Da jedoch die etatsmäßige Anstellung der in Aussicht genommenen Arbeiter sich bis jetzt noch nicht hat ermöglichen lassen, erscheint es sachgemäß, die Geltungsdauer des § 48 der Gehaltsordnung, die bis jetzt bis Ende 1913 festgesetzt wurde, bis zum Schlusse des Jahres 1917 zu verlängern. Von einer weiteren Verlängerung kann abgesehen werden, da eine spätere Verringerung der Gehaltsordnung sich voraussichtlich auch auf den § 48 erstrecken wird. Die Kommission beantragt Genehmigung. Die Tendenz des Seubert'schen Antrags geht dahin, den Abzug der Invalidenversicherung beim Gehalt zu verhindern. Die Regierung hat um Ablehnung des Antrags, da man vor der neuen Gehaltsordnung keine Verringerung vornehmen sollte. Die Regierung wies auf die Folgen für andere Beamtenkategorien hin. Die Kommission nahm den Antrag Seubert einstimmig an, mit dem Zusatz, die Maßnahme rückwirkend bis 1908 zu machen.

Hg. Seubert (Zentr.) begründet seinen Antrag, in dem die Regierung erwidert wird, folgenden zweiten Satz von § 48 der Gehaltsordnung zu streichen: Erfolgt die Übernahme in die etatsmäßige Stellung unmittelbar aus dem Arbeiterverhältnis, so sind bei der Berechnung des Ausfalls die Pflichtbeiträge für die Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung in Abzug zu bringen, die der Beamte unmittelbar vor der etatsmäßigen Anstellung zu entrichten hatte.

Es muß danach gestrebt werden, die jetzt vorhandene Härte zu beseitigen. Ich bitte um Annahme des Antrags.

Hg. Ritter (Natl.) erklärt, daß seine Fraktion dem Gesetzentwurf und dem Antrag Seubert zustimmt.

Hg. Muser (Sp.) stimmt dem Gesetzentwurf und dem Antrag zu.

Hg. Kollb (Soz.): Wir stimmen dem Gesetzentwurf und dem Antrag Seubert zu. Die Regierung äußerte in der Kommission Bedenken, daß man eine Kategorie von Beamten herausgreift. Es handelt sich hier jedoch um eine sehr schlecht bezahlte Beamtenkategorie. Wir stimmen daher dem Antrage zu.

Hg. Verste (Konf.) teilt mit, daß seine Fraktion zustimmt.

Finanzminister Dr. Rheinboldt: Ich glaube nicht, daß ich besonderen Eindruck mache, wenn ich um Ablehnung des Antrages Seubert bitte. Wir stehen an sich dem Antrag wohl-

wollend gegenüber; aber man darf nicht eine Ungleichheit schaffen, indem man eine einzelne Beamtenkategorie in der Aufbesserung herausgreift. Hierdurch wird Erbitterung geschaffen.

Der Gesetzentwurf wird in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen. Der Antrag Seubert wird einstimmig angenommen; ebenso der Antrag der Kommission, den Beschluß rückwirkend bis 1908 zu machen.

Präsident Rohrhurst schlägt vor, am Donnerstag Petitionen und am Freitag Anträge wirtschaftlicher Art zu behandeln. Am Montag wird mit dem Etat des Eisenbahnbetriebs begonnen, dessen Behandlung am Mittwoch fortgesetzt wird, während am Dienstag wegen der Sitzung der Ersten Kammer politische Anträge behandelt werden.

Nächste Sitzung: Donnerstag vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Eisenbahnpetitionen.

Schluß der Sitzung: 1 Uhr.

Beamtenkommission.

In der gestrigen Sitzung stand die Verringerung des Gehel betr. Dienstfreien und Umzugskosten zur Beratung. Nach dem Gesetz vom Jahre 1908 waren als Vergütung die tatsächlichen Ausgaben gewährt. Das neue Gesetz sieht eine Pauschale als Vergütung vor. Die Entschädigung ist in acht Klassen eingeteilt und je nach der Höhe der Klasse eine Pauschsumme vorgesehen. Außerdem soll ein Streckengeld für jedes angelegene Kilometer je nach Klasse gewährt werden. Das Gesetz von 1908 war probeweise eingeführt. Es hat sich jedoch bald gezeigt, daß dieses System zu wesentlich höheren Ausgaben führte und sich nicht bewährte. Die Regierung hält es für notwendig, jetzt schon eine Verringerung vorzunehmen und nicht zu warten, bis zur allgemeinen Regulierung des Gehaltsstufens. Die Regierung glaubt die Sache in der Vorlage so gut bemessen zu haben, daß damit gut auszukommen sei. Die Kommission ist im allgemeinen mit der Vorlage einverstanden, wünscht jedoch, daß die Kinderzahl der Beamten mit in Berücksichtigung gezogen werden soll. Die Regierung sagt eine Prüfung dieser Frage zu. Weiterberatung und Beschlußfassung in nächster Sitzung.

Badische Politik.

Der „Fall Benedy“.

Die „Bad. Landeszeitung“ ist in den letzten Tagen gewaltig in Garnisch geraten, weil Herr Benedy die waderen Nationalliberalen in der Kammer als „unzuverlässige Bundesgenossen“ bezeichnete. Hierauf gibt nun im gestrigen „Landesboten“ Herr Benedy eine Erklärung ab, in der er betont, daß der betreffende Satz seiner Rede nur bedingt gehalten war. Nach dem Stenogramm habe er gesagt:

„Wenn wir in unfrem Kampfe die Nationalliberalen zur Seite hätten, würden wir uns sehr freuen; denn je stärker die Front ist, in der man einen Kampf führen kann, desto aussichtsreicher ist natürlich dieser Kampf. Aber daß wir mit derartigen Reden, wie sie hier beispielsweise von dem Hg. Red entwickelt worden sind, nicht mitgehen können, daß wir bedauern, wenn sie nicht energischer zurückgewiesen werden, darüber brauche ich kein Wort zu verlieren. Die national-liberale Partei mag ihre Entschlüsse selber treffen: will sie eine freie politische Politik in Zukunft auch in diesen Fragen treiben, so werden wir uns freuen; wenn nicht, so werden wir allein unsern Weg gehen und werden ihm vielleicht sicherer und erfolgreicher gehen, als wenn wir durch Rücksichten auf unzuverlässige Bundesgenossen beeinträchtigt werden.“

Dann erteilt Herr Benedy den Nationalliberalen folgenden wohlverdienten Wicher:

„Wenn die nationalliberalen Blätter ganz besonders mit dem Hinweis auf die vertrackte Haltung der nationalliberalen Wähler in Konstanz und Offenburg gegen mich polemiseren, so will ich nicht so hochhaft sein, ihnen die Vorgänge in Konstanz, Bahr und Mannheim und die Tatsache entgegenzuhalten, daß die nationalliberale Partei mit Hilfe des Zentrums bei den letzten Wahlen aus unserm bisherigen Mandate erobert hat. Dagegen halte ich es doch für notwendig, zu betonen, daß die freigesinnte badische Wählerschaft den Großblock nicht deshalb gemacht und durchgeführt hat, um den einzelnen Parteien eine bestimmte Anzahl von Mandaten zu garantieren, sondern um die Möglichkeit einer liberalen, d. h. freireligiösen und antiliberalen Politik in Baden zu sichern. Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß der Großblock nur dann einen praktischen Wert haben kann, wenn er jenen Zweck in Wirklichkeit erreicht. Ob er dies tut oder nicht, hängt von der nationalliberalen Partei ab. Es scheint, als ob man in der nationalliberalen Presse das Bedürfnis empfunden hätte, den Eindruck der ganzen Debatte, der Ausführungen des Abgeordneten Red, des Beifalls, den die konservativen Reden des Ministers mit ihren Ausfällen auf die Linke nicht nur bei dem Zentrum, sondern auch bei einem Teil der Nationalliberalen fanden, usw. durch eine Rückzugsanbahnung, durch eine Diversion zu zerstreuen, indem man gegen mich losging, ehe man recht wusste, was ich eigentlich gesagt hatte.“

Die Nationalliberalen haben es nach den Vorgängen der letzten Wochen gerade noch notwendig, sich maßig zu machen.

Gegen die Böhmerci.

Am Montag abend fand in Mgnnheim eine von der Sozialdemokratie veranstaltete Protestversammlung gegen die Handhabung des Schulgesetzes durch den badischen Kultusminister Böhm statt. Genosse Kollb (Karlsruhe) übte scharfe Kritik an der reaktionären Auslegung des Schulgesetzes und führte das Verhalten des Ministers auf die letzte Landtagswahl und die dadurch hervorgerufene innere Zerrüttung der liberalen Partei zurück. Er meinte, eine Koalition zwischen Sozialdemokraten und Liberalen bei den Landtagswahlen sei zwecklos, wenn die Liberalen in Kultusfragen mit dem Zentrum gehen. Der freireligiöse Prediger Marenbrecher teilte in der Versammlung mit, daß der nationalliberale Kammerpräsident Rohrhurst, der gleichzeitige Stadtschulrat in Heidelberg sei, dem einzigen freireligiösen Lehrer verboten habe, freireligiösen Unterricht zu erteilen, obwohl der Minister gegen die Stadt Heidelberg noch gar nichts unternommen habe. Der Oberbürgermeister von Heidelberg sei verblüfft gewesen über diese Verletzung des Selbstverwaltungsrechts der Stadt, denn Rohrhurst hatte seine Verfügung ohne Zustimmung des Stadtrats erlassen. Gegen das Verbot des Turnens der Schulkinder bei der Freien Turnerschaft beschloß die Versammlung, joll energischer Widerstand geleistet werden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 13. Mai.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet 2 Uhr 30 Min. die Sitzung. Am Bundesratstisch ist Staatssekretär Dr. Solf erschienen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort Abg. Dr. Liebnicht zu einer Erklärung wegen seiner Ausführungen über die Firma Görz beim Militärvertr. Die Staatsanwaltschaft sei nicht auf Grund der Anzeige eines früheren Direktors der Firma Görz gegen sie eingeschritten.

Abg. Erzberger (Zentr.) erwidert, er habe nur festgestellt, daß die Berliner Staatsanwaltschaft es zweimal abgelehnt hat, einzuschreiten, nachdem sie die betreffenden Zeugen darüber verhört hatte.

Abg. v. Rechenberg (Zentr.): Politische Gründe waren es nicht, die zur Enteignung der Dualas führten.

40. Landtagswahlkreis (Karlsruhe-Land). Den Mitgliedern im Kreis zur Kenntnis, daß laut Beschluss der Kommission die diesjährige Bezirksfest am 9. August in Lindeheim stattfindet.

Aus der Partei.

40. Landtagswahlkreis (Karlsruhe-Land). Den Mitgliedern im Kreis zur Kenntnis, daß laut Beschluss der Kommission die diesjährige Bezirksfest am 9. August in Lindeheim stattfindet.

Kommunalpolitik.

* Fortschrittliches aus Pforzheim. Was man gerade in der jetzigen Zeit für unmöglich halten sollte, das wird in Pforzheim in der Stadt aller politischen Kammer, Ereignis.

* Bürgerausschüsse in Pforzheim. Der Bürgerausschuß von Pforzheim in Besetzung mit seiner letzten Sitzung mit der Erwerbung zweier großer Parzellen für spätere Schulhausbauten im Stadtteil Dill-Weihenheim.

* Ein sozialdemokratischer Bürgermeister. Bei dem zweiten Wahlgang zum Bürgermeister in Dammstadt (M. Heibelberg) wurde Friedrich Winneviesser mit 202 Stimmen gewählt.

* Abgelehnt. In der letzten Bezirksratsitzung in Durschul wurde einstimmig beschlossen, den Bürgermeister Friedrich Köhler zu entlassen.

Jugendbewegung.

Neuer Anflug.

Wir lesen in der 'Bad. Presse' vom 11. Mai: Von den Pfadfindern. Das 4. Bataillon des christlichen Pfadfinder-Regiments (Christl. Vereins junger Männer, Kreuzstraße) hatte gegenwärtig zum Exerzierplatz anlässlich seiner Fahnenweihe, Befestigung durch den Landesfeldmeister H. Raschke, Pforzheim.

4. Bataillons des irdischen christlichen Pfadfinder-Regiments gefallen lassen? Es ist bezeichnend für die Vertreter des heutigen Christentums, daß sie ebenfalls diesen in frühesten Jugend beginnenden Drill auf den künftigen Massenmord mitmachen.

Retting der Jugend im Dreiklassenparlament. Im preussischen Abgeordnetenhaus begann am Dienstag die Fortsetzung der Jugenddebatte mit einer ebenfalls pathetischen wie inhaltsleeren Verlegenheitsrede des Kultusministers.

Retting der Jugend im Dreiklassenparlament. Im preussischen Abgeordnetenhaus begann am Dienstag die Fortsetzung der Jugenddebatte mit einer ebenfalls pathetischen wie inhaltsleeren Verlegenheitsrede des Kultusministers.

eines der zahllosen Beispiele von Gesetzesverletzungen der preussischen Behörde gegenüber der freien Jugendbewegung, die Genosse Gaentich angeführt hatte, zu widerlegen. Auch die Redner aus dem Hause, die nach dem Minister zu Worte kamen, beschäftigten sich fast ausschließlich mit der Rede des Genossen Gaentich.

15. Generalversammlung des Zentralverbandes der Lederarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Berlin, 12. Mai 1914.

Zweiter Verhandlungstag.

kr. Die Verhandlungen beginnen mit der weiteren Berichterstattung über die verfloßene Geschäftsperiode.

Der Vorsitzende wies die Mitglieder an, sich den Vorschlägen der Kommission zuwenden zu lassen.

Die Debatte wurde von Brunner (München) eröffnet, der der Betriebsorganisation das Wort redete.

Die Verhandlungen wurden durch die Vertretung der Lederarbeiterinnen von Berlin fortgesetzt.

Die Verhandlungen wurden durch die Vertretung der Lederarbeiterinnen von Berlin fortgesetzt.

Der Kassenbericht wurde vom Kassier Bod erläutert. Ueber die Hauptinnahme und Ausgabe berichteten wir bereits im Vorbericht.

Die Verhandlungen wurden durch die Vertretung der Lederarbeiterinnen von Berlin fortgesetzt.

Die Verhandlungen wurden durch die Vertretung der Lederarbeiterinnen von Berlin fortgesetzt.

Die Verhandlungen wurden durch die Vertretung der Lederarbeiterinnen von Berlin fortgesetzt.

Abg. v. Rechenberg (Zentr.): Politische Gründe waren es nicht, die zur Enteignung der Dualas führten.

Abg. v. Rechenberg (Zentr.): Politische Gründe waren es nicht, die zur Enteignung der Dualas führten.

Abg. v. Rechenberg (Zentr.): Politische Gründe waren es nicht, die zur Enteignung der Dualas führten.

Die re... tungen un... kommen in... die Auf... Quartal au... Exemplar... Ein... nen, als je... herausgege... herten Pra... den, da das... hält. In d... sagt, sie be... die beschä... aufzukläre... die im Man... Kolleginnen... und des C... Wesent... danke nicht... wendungen... Ausgestalt... us würden... uns aber f... Generalber... Um we... einer fache... daß der M... sollen nicht... dürfen nicht... mache ein... der Orisgru... Unklarheit... Serous-W... Die De... gere Erklär... sand scharf... Die weis... auf Mittwo...

Durchs... dem Voran... für das ne... Länderbe... ferdlichen... einer Worla... einem von... wurf soll be... zwischen Lu... und für die... 10700 M... rat einwert... dem Markt... nen, zu erri... des auf de... die Summe... gewiesen. G... gebert un... frage des U... bis jetzt 17... in der Dar... richt teilneh... Eröffnung... entsprechend... richts p f i o... werden.

Das... mit de... Sonntag... sene Mide... nur durch... in g - B... für diese u... lich F r i... ganger Geel... zugehen s... des 'Minges... nung' als... nde ange... nädigt den... handene Au... dürfen. Vor... Ba l m . G... und all die... das hiesige... ling-Abend... Sonntag mu... seitigen. A... gebungen au... kongressier... kommenden... fen und Geis... bigen zu k... Da es j... io mußten... Rede Sieg... Sänger schar... seit ausfüh... bandbaren B... stellen und d... gut zu Ende... finanziell sic... uns mora... danken und... Hier trifft e... lassen den B... stungen wils... Es wird... rufen, wenn... ber obigte... Mannheim... ihrer Anker... waren unfer... ihre Kunst...

Die auf die Notwendigkeit der Kleinarbeit bei der Agitation hinweist und zur Mitwirkung ansetzt.

Die reguläre Auflage ist, wie die Mitgliederzahl, Schwankungen unterworfen; Mitgliederverluste und Agitationserfolge kommen in ihr zum Ausdruck.

Eine Aenderung ist bei der Zeitung insofern zu verzeichnen, als seit Ende des dritten Quartals 1913 für die weiblichen Mitglieder am Monatschluß eine zweifache Frauenbeilage herausgegeben wird.

Die wesentlichen Kosten verursacht die Frauenbeilage dem Verbande nicht. Insbesondere wurden für den Inhalt keine Aufwendungen gemacht, ohne Zweifel könnte aber die fertige Ausgestaltung eine bessere sein, wenn dafür Mittel ausgemacht würden.

Die Debatte über diesen Bericht drehte sich zur Hauptsache um die „Servous-Artikel“. Grifflin (Hamburg) gab eine längere Erklärung der Angelegenheit. Die Generalversammlung fand scharfe Töne der Mißbilligung dieses Vorkommnisses.

Aus dem Lande.

— Aus dem Gemeindevertragsbericht vom 12. Mai 1914. Nach dem Voranschlag des Stadtbauamts wird der Kostenaufwand für das neue Industriegebiet auf 96 200 veranschlagt.

Die Debatte über diesen Bericht drehte sich zur Hauptsache um die „Servous-Artikel“. Grifflin (Hamburg) gab eine längere Erklärung der Angelegenheit. Die Generalversammlung fand scharfe Töne der Mißbilligung dieses Vorkommnisses.

Die weitere Debatte über den Bericht des Redakteurs wurde auf Mittwoch vertagt. — Das 50jährige Jubiläum seines Bestehens feiert am kommenden Sonntag und Montag der hiesige Gesangsverein.

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

Die „Witterdämmerung“.

Mit der „Witterdämmerung“ Aufführung am Sonntagabend erreichte die zweite diesjährige geschlossene Ring- und Wiedergabe ihren Abschluß. In nur durchaus lobenswerter Weise brachte man diesmal den Ring- und Wiedergabe ihren Abschluß.

Da es ja leider bei uns ohne Gäste nicht mehr geht, so mußten wir uns wieder Josef Thijssen (Stuttgart) als Held „Siegfried“ ausleihen. Wir lernten den nachbarlichen Sänger schon einmal als „Tristan“ kennen und sprachen seinerzeit ausführlicher von ihm.

„Gym“ mit einem größeren Gesangswettstreit, an dem eine Reihe auswärtiger Gesangsvereine teilnehmen.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

— Soz. Verein. Die auf nächsten Samstag abend um 8 Uhr stattfindende Versammlung muß umständlicher auf Samstag, 23. Mai, verlegt werden.

schweren an das Bezirksamt eingereicht worden, aber von einer Abstellung der Beschwerdeursachen habe man nichts bemerkt, ebensowenig von einer stattfindenden Kontrolle. Zum Schluß wurde bemängelt, daß einzelne Verufe regelmäßig in den Kartellversammlungen fehlen und demgemäß beschlossen, diese Verufe für die Zukunft zu veröffentlichen.

— Die Fassade des Bezirksamtsgebäudes soll jetzt der lang ersehnten Erneuerung unterzogen werden. Der alte hässliche Steinanstrich wird entfernt und der Naturton zur Geltung gebracht.

— Die Fassade des Bezirksamtsgebäudes soll jetzt der lang ersehnten Erneuerung unterzogen werden. Der alte hässliche Steinanstrich wird entfernt und der Naturton zur Geltung gebracht.

— Die Fassade des Bezirksamtsgebäudes soll jetzt der lang ersehnten Erneuerung unterzogen werden. Der alte hässliche Steinanstrich wird entfernt und der Naturton zur Geltung gebracht.

— Die Fassade des Bezirksamtsgebäudes soll jetzt der lang ersehnten Erneuerung unterzogen werden. Der alte hässliche Steinanstrich wird entfernt und der Naturton zur Geltung gebracht.

— Die Fassade des Bezirksamtsgebäudes soll jetzt der lang ersehnten Erneuerung unterzogen werden. Der alte hässliche Steinanstrich wird entfernt und der Naturton zur Geltung gebracht.

— Die Fassade des Bezirksamtsgebäudes soll jetzt der lang ersehnten Erneuerung unterzogen werden. Der alte hässliche Steinanstrich wird entfernt und der Naturton zur Geltung gebracht.

— Die Fassade des Bezirksamtsgebäudes soll jetzt der lang ersehnten Erneuerung unterzogen werden. Der alte hässliche Steinanstrich wird entfernt und der Naturton zur Geltung gebracht.

— Die Fassade des Bezirksamtsgebäudes soll jetzt der lang ersehnten Erneuerung unterzogen werden. Der alte hässliche Steinanstrich wird entfernt und der Naturton zur Geltung gebracht.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 14. Mai.

Zum Streit beim Tiefbauunternehmer August Herling. Wie uns von verschiedenen Seiten mitgeteilt wurde, verübt Herr Herling für sich damit Stimmung zu machen, daß er verbreitet, ein Grund zum streiken wäre nicht vorhanden, sondern der Streik wäre frivol vom Jaune gebrachten worden.

Die Ursachen dieses Streikes sind folgende:

1. Herling hat nach und nach die am Streik beteiligten Arbeiter entlassen und dafür andere, nach seiner Meinung nichtorganisierte Leute eingestellt.

2. Herling hat den Vertrag für das Tiefbaugewerbe nach 4 Stunden Streik am 15. April unterschrieben, trotzdem hat er die Arbeiter aufgefordert, eine Vereinbarung zu unterzeichnen, wonach sie mit 5 Pfennige unter Vertragslohn zufrieden sein sollen.

3. Im damals abgeschlossenen Vertrag ist die zehnstündige Arbeitszeit festgelegt, trotzdem wird bei Herling die Arbeitszeit an der Baustelle nächst der Neuen Bahnhofstraße bis abends 8 Uhr, also bis 12 Stunden, ausgedehnt.

Das ist Larifarsch schlimmster Art und sollte es deshalb auch die Polizeibehörde ablehnen, diesen Mann in Schutz zu nehmen, der einen von ihm unterzeichneten Vertrag in dieser rücksichtslosesten Weise zu umgehen versucht.

Alle Arbeiterfreunde aber ersuchen wir, alle falschen Gerüchte über die Ursachen des Streikes zurückzuziehen und auf Grund obiger, der Wahrheit entsprechender Darstellung die Sache richtig zu stellen. Bezug ist streng fern zu halten!

Die Streikleitung: J. B. August Philipp.

Heute Abend präzis 8 1/2 Uhr im „Auerhahn“ Zweiter Vortrag über „Entwicklung des Wirtschaftslebens“.

Behandelt wird das Kapitel: „Die altgermanische Markgenossenschaft“. Neue Teilnehmer können noch eintreten, da jeder Vortrag auch für sich von hohem Wert ist.

Jugendausflug. Heute abend findet Spielabend im Freien statt. Zusammenkunft hinter dem Engländlerplatz von 1/8 Uhr an.

Bei ungünstiger Witterung im Nebenraum der „Nacht am Rhein“, Ede Ritter- und Gartenstraße.

Badische Jubiläums-Ausstellung Karlsruhe 1915. Der am 1. Mai erfolgte Nennungssehluß der Anmeldungen der Handwerks- und Gewerbebetreibenden für die Badische Jubiläums-Ausstellung hat ein überraschend gutes Ergebnis gehabt.

Die vom Ministerium des Innern für diese Anmeldungen vorgemerkten und vorgesehene Plätze sind bei weitem überzeichnet worden. Man kann hieraus nicht nur das

große Interesse der beteiligten Kreise für die Jubiläums-Ausstellung ersehen, sondern auch die erfreuliche Tatsache konstatieren, daß die Veranstaltung der Ausstellung einem wirklichen Bedürfnis entspricht.

Aber auch die badische Industrie wird auf der Jubiläums-Ausstellung nicht fehlen. Eine überwiegend große Anzahl badischer Fabriken und sonstiger Betriebe haben bereits ihre Anmeldung abgegeben und mit einer weiteren Anzahl steht die Ausstellungslösung noch in Unterhandlung.

Damit ist der Beweis geliefert, daß sich die Industrie und das Handwerk aus allen Teilen des badischen Landes ernstlich regt und es zum größten Teil als Ehrensache betrachtet, der an sie ergangenen Einladung der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe zu der großen badischen Jubiläums-Ausstellung Karlsruhe 1916 gehörend Folge zu leisten.

Auch mit den Arbeiten für die Bauten, deren Leitung sich in den besten Händen befindet, wird, sobald die Tiefbauarbeiten, die vom städtischen Tiefbauamt gegenwärtig mit großem Eifer betrieben werden, beendet sind, begonnen werden und, wenn es auch manchem Laien erscheinen will, als ob die Arbeiten schon weiter sein könnten, so dürfen sich diese schon bald eines besseren belehren lassen.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Kinos. Wie wir kürzlich berichteten hat der Besitzer vom „Luzern“ einen Portier entlassen, weil dieser „zu viel“ verdiente. Der Mann hatte den hohen Lohn von 20 Mk. in der Woche (7 Arbeitstage). Er mußte deshalb seinem Nebenkollegen Platz machen, der nur 14 Mk. erhält.

Die Arbeiter in den Kinos. Wie wir kürzlich berichteten hat der Besitzer vom „Luzern“ einen Portier entlassen, weil dieser „zu viel“ verdiente. Der Mann hatte den hohen Lohn von 20 Mk. in der Woche (7 Arbeitstage). Er mußte deshalb seinem Nebenkollegen Platz machen, der nur 14 Mk. erhält.

Deutscher Transportarbeiterverband Ortsverwaltung Karlsruhe.

Frauen-Versammlung. Die gestern abend im „Salmen“ stattgefundene Frauenversammlung war recht gut besucht. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Genossen Stadtv. Rothweiler über: „Volkstum und deren soziale Bedeutung für die Arbeiterklasse“.

gelangen, auch dem Arbeiter echte und wahre Kunst zugänglich zu machen. Die Ausführungen des Redners fanden lebhaften Beifall. Genossin Fischer richtete an die Anwesenden Gnosinnen noch die Mahnung, stets für die Frauenbewegung zu agitieren und besonders bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen sich in den Dienst der Partei zu stellen.

Karlsruher Ferienkolonien. Das Komitee der Karlsruher Ferienkolonien beabsichtigt, auch in diesem Jahre wieder armen, kränklichen Schulkindern hiesiger Stadt das zu bieten, was ihnen in den meisten Fällen seitens der Familie nicht geboten werden kann: Eine Sommerfrische in malerischer Gegend, Erholung und Kräftigung durch gute Kost während der Sommerferien.

Beschäftigungsgrad im Monat April nach den Nachweisungen der Krankenkassen. Am 1. Mai 1914 hatten 20 Krankenkassen der Stadt Karlsruhe einen Bestand von 48.094 versicherungspflichtigen hier beschäftigten Mitgliedern (darunter 18.564 weibliche) aufzuweisen.

Freireligiöser Jugendunterricht. Der Jugendunterricht der Freireligiösen Gemeinde beginnt nun wieder in erweitertem Maße. Es sind nun auch die Kinder des ersten Schuljahres in den Unterricht einbezogen worden, so daß die hiesige Gemeinde insgesamt rund 100 Kindern Jugendunterricht erteilt.

Ein weiterer Stadtgartenausgang. Die Besucher des Stadtgartens dürfte es interessieren, daß in den letzten Tagen nächst dem neuen Hauptbahnhof ein provisorischer Ausgang geschaffen worden ist. Derselbe besteht aus einer Drehbrücke an der neuen Bahnhofsstraße, die auf der Nordseite des neuen Wirtschaftsgebäudes (bei der Spitze des Bauführers) angebracht worden ist.

Phidischer Kunstverein. Neu zugegangen Werke von: W. Bayer, Mannheim; Prof. J. Bergmann, Karlsruhe; O. Pfentlicher, Göttingen; G. Goebel, Karlsruhe; H. Müller, Karlsruhe; Prof. W. Süss, Karlsruhe.

Vom Berpin gegen Haus- und Straßendiebstahl wurden im Monat April an durchreisende Wanderer 610 Unterstüpfungen verabreicht.

Die Bahnsteigsperre kommt jetzt auch auf den Strecken Karlsruhe-Magau und Karlsruhe-Eggenstein-Graben zur Einführung. Dabei kommen in Betracht die Stationen Mühlburg, Amelungen, Magau, Neurent, Eggenstein, Leopoldshafen, Lintenheim und Kochfließen.

Veranstaltungen.

Residenz-Automat. Die hier in Karlsruhe seit zwei Monaten mit großem Erfolge gastierenden Münchener Kindersänger mit ihrem Original-Duett „Kurz und Lang“ geben nun mehr noch Donnerstags und Freitag Vorstellungen.

Neues vom Tage.

Selbstmord wegen Abnahme der Arbeitskraft. Berlin, 12. Mai. Der 41 Jahre alte Schneider A. vergiftete sich in der Küche seiner Wohnung in der Kastanienallee mit Leuchtgas, weil er wegen der Abnahme seiner Arbeitskraft schweremüde geworden war und fürchtete, in dem Strom der großstädtischen Arbeitslosen unterzugehen.

Ein Lehrer als Handwerker. Berlin, 12. Mai. Der Vorstand der hiesigen Handelskammer genehmigte den Antrag des Lehrers Friedrich Wille in Veltan auf Zulassung zur Tischlerprüfung nach Abschluß einer dreijährigen Lehrzeit.

Eisenbahnunglück. Kassel, 13. Mai. Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich auf der noch im Bau befindlichen Strecke Cordoba-Brilon zgetragen. Zwischen den Stationen Wilburgun und Brilon stürzte ein Arbeitszug des Unternehmers Marx vom Eisenbahnweg herab, wobei der Lokomotivführer getötet und mehrere andere Personen schwer verletzt wurden.

Der Aetna in Sizilien. Rom, 13. Mai. Professor Rigo meldet: Der Vulkan ist seit gestern in einer neuen Eruptionsphase. Der Hauptkrater ist voll glühender Lava und es entleert ihn ein dichter Qualm. Der Aschenebel gittert unter dem Druck der inneren Spannung.

Kassische Schenkschlachten. Moskau, 12. Mai. In Simbirsk hatte sich ein Kreispolizeichef namens Gharlewitsch wegen Forderung der Straflinge vor der Kassaner Gerichtskammer zu verantworten. Um die Straflinge zu Gefändnissen zu bringen, hatte er diese geschlagen, bis sie die Bestimmung verloren, ferner hatte er ihnen mit einer Kerze Mund und Ohren verbrannt. Auch aufgehängt hatte er seine Opfer, sie aber noch vor Eintritt des kritischen Moments abgemittelt. Das Scherfmal von Mensch erklärte vor Gericht, er habe nichts anderes getan, als man auch in anderen Gefängnissen tue. Es wurden dem Angeklagten zwei Fälle mittelalterlicher Forderungen nachgewiesen, wofür ihn das Gericht zu 2 Monaten 20 Tagen Gefängnis verurteilte.

Mordtat. Garmar, 12. Mai. Eine geheimnisvolle Mordtat ist am Montag auf der deutschen Seite der Schucht verübt worden. Zwei junge, gut gekleidete Franzosen im Alter von 20-24 Jahren, die sich als Gebrüder Dupuis aus Paris ausgaben, bestellten bei einem Colmarer Automobilgeschäft ein Automobil, um über die Schucht nach Gerardmer zu fahren. Der Wagen wurde von dem 22 Jahre alten Chauffeur Koller geführt. Auf der Rückfahrt von Gerardmer, sechs Kilometer diehseits der Schucht, erschlugen sie den Chauffeur und warfen ihn den steilen Abhang hinunter. Das Automobil brachten die Verbrecher bis an den Kirchhof von Colmar, wo ihnen das Del ausging, sie ließen es daher auf freiem Felde stehen und verschwanden. Bis jetzt hat man noch keine Spur von ihnen. Die Leiche des Chauffeurs wurde erst 24 Stunden später aufgefunden.

Explosion im Tunnel. Madrid, 13. Mai. In dem im Bau begriffenen Tunnel zwischen Jusa und Contraco erregnete sich gestern nachmittags

eine furchtbare Dynamitexplosion, durch die drei Arbeiter getötet und die Arbeiten im Tunnel fast völlig gerichtet wurden. Man befürchtet, daß noch weitere Opfer unter den Trümmern liegen.

Verurteilte Suffragette. London, 13. Mai. Fräulein Ansell, die gestern das Serfomer-Bild in der kgl. Akademie beschädigte, ist heute zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Feuersbrunst. Mohilew, 10. Mai. In der Stadt Kopys hat eine Feuersbrunst 90 Häuser, 76 Läden und 4 Synagogen zerstört. Die Kirchen und größeren Steinhäuser sind verschont geblieben. Es liegt Brandstiftung vor. Der Täter wurde verhaftet und hat ein Geständnis abgelegt.

Schweres Explosionsunglück. Neuport, 13. Mai. Eine schwer Explosionskatastrophe hat sich an Bord des amerikanischen Dampfers „Jefferson“ auf der Höhe von Ray Henry ereignet. Im Maschinenraum platze plötzlich ein Kesselrohr. Sieben Mann der Besatzung wurden dabei getötet, mehrere mehr oder weniger schwer verletzt. Unter den Passagieren entstand eine große Verwirrung. Schließlich gelang es dem Kapitän und den Offizieren, sie zu beruhigen. Von den Passagieren wurde niemand verletzt.

Letzte Nachrichten.

Prozess Harder-Abresch. Mannheim, 13. Mai. In dem Prozess Abresch gegen von Harder wurde heute das Urteil gefällt. Von Harder wird zur Zahlung von 18.000 Mk. einschließlich der Zinsen ab 1. Februar 1914 an die Kasse der Dresdener Bank verurteilt. Der Beklagte darf Verwaltungsmaßnahmen auf dem umstrittenen Gute nur mit Zustimmung Abreschs vornehmen. Die Kosten trägt der Beklagte. Das Urteil ist gegen Sicherstellung von 19.000 Mk. sofort zu vollstrecken.

Prozess Wetterlé. Kolmar, 13. Mai. Vor dem hiesigen Schöffengericht kam heute die Privatklage des Reichs- und Landtagsabgeordneten Wetterlé, des politischen Direktors des „Nouvelles de l'Alsace-Lorraine“ gegen den Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Behrvereins, General Keim, zur Verhandlung. General Keim hatte in einem Artikel des „Tag“ vom 9. Januar Wetterlé Feigheit vorgeworfen, außerdem vom Ostdeutschen allernationaler Herkunfts, die ihre Verwicklung offen zur Schau tragen, von entarteten Volksgenossen und von einer Schwindelpresse gesprochen, wodurch sich Wetterlé und der verantwortliche Redakteur des „Nouvelles“, Sidel, beleidigt fühlten. Vertreter des Privatklägers war der ehemalige Vorsitzende des Nationalbundes, Rechtsanwalt Helmer, Vertreter des Beklagten der Vorsitzende des Aldeutschen Vereines, Rechtsanwalt Claus-Mainz. In der Verhandlung legte Wetterlé das Hauptgewicht auf die Frage, ob Wetterlé sich als Deutscher oder als Franzose fühle. Wetterlé antwortete: Er sei Elsässer. Die Beantwortung weiterer Fragen über seine Meinung lehnte er ab. Das Gericht verurteilte nach fünfjähriger Verhandlung folgendes Urteil: General Keim wird wegen öffentlich begangener Beleidigung zu 200 Mark Geldstrafe, bezw. 20 Tagen Haft verurteilt. Das Gericht hat die gebrauchten Ausdrücke als beleidigend angesehen, wenn auch andererseits der Beweis dafür erbracht worden sei, daß Wetterlé heße. Der Vertreter des Generals Keim hat sofort Berufung eingelegt.

Verhältnisauswahl in Bayern abgelehnt. München, 13. Mai. Die Kammer der Abgeordneten hat in ihrer heutigen Sitzung die Anträge der Sozialdemokraten und Liberalen betreffs Aenderung des bayerischen Landtagswahlgesetzes durch Einführung der Verhältnisauswahl abgelehnt.

Zur Lage in Albanien. Wien, 13. Mai. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Durazzo: Der Miriditenfürst Bib Dodo Pascha ist hier eingetroffen. 4000 Mann seines Stammes befinden sich auf dem Marsche nach dem Süden. Die Geistlichen begleiten die Freiwilligen in den Krieg. Weiter 6000 Nordalbanesen werden dieser Lage nach dem Süden gehen.

Rongo-Greuel. Brüssel, 12. Mai. Der oberste Kolonialgerichtshof beschäftigte sich als Berufungsinstanz heute mit der Angelegenheit des Leutnants Martins, der zu 12 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war, weil er in der Kongokolonie 16 Personen in der brutalsten Weise und wegen geringfügiger Vergehen getötet hatte. Der Gerichtshof beschloß, den Angeklagten auf seinen Gesundheitszustand unterzuchen zu lassen.

Spanischer Sieg in Marokko. Madrid, 13. Mai. Den spanischen Truppen unter dem Oberbefehl des Generals Schlotheim ist es gelungen, den aufständischen Stämmen eine schwere Niederlage in der Nähe von Wueflla beizubringen. Die Spanier, zirka 6000 Mann stark, übermüdeten die Marokkaner, und zwar hauptsächlich den mächtigen Stamm der Beni-Rasul, vorgehen früh beim Morgenrauschen, indem sie die Marokkaner zwischen zwei Feuer nahmen. Diese flüchteten zuerst, sammelten sich jedoch bald darauf wieder und leisteten den Spaniern bis in die Nachmittagsstunden hinein heftigen Widerstand, bis sie schließlich den Kampfplatz räumten und Hunderte von Toten und Verwundeten zurückließen. Die Verluste der Spanier betragen sechs Tote und 17 Verwundete. Die Hartnäckigkeit des Widerstandes der Marokkaner ist damit zu erklären, daß Kaifui selbst ihr Anführer war.

Neue Suffragettenfreize. London, 12. Mai. In der königlichen Akademie brachte heute Nachmittag eine Frau mit einem Handteil dem Bildnis des Herzogs von Wellington von Prof. Herbert Herford 3 Risse bei. Sie wurde verhaftet.

Daniel Wilson †. Neuport, 13. Mai. Daniel Wilson, der Führer der sozialdemokratischen Partei der Vereinigten Staaten und Mitglied des internationalen sozialistischen Bureau's ist Montag nacht gestorben.

Vereinsanzeiger. Karlsruhe. (Saffalia.) Sonntag, den 17. Mai. Beteiligung am Stiftungsfest des Gesangsvereins „Freiheit“ Fortschreit. Abfahrt mittags 1.54 Uhr am Lokalbahnhof. Fahrpreis 25 Pf. Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder, auch deren Angehörigen, erwünscht. 8.1.2. Karlsruhe. (Gesangsverein Gleichheit.) Freitag, 8. Uhr, Ausschüttung. 8.8.

Wasserstand des Rheins. 14. Mai. Schutterinsel 320 m, gefl. 5 cm, Rehl 3.94 m, aefl. 11 cm, Marou 3.59 m, aefl. 8 cm. Mannheim 5.14 m, aefl. 2 cm.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Karlsruhe.
Samstag, den 16. Mai, abends halb 9 Uhr, findet in der „Wacht am Rhein“, Gartenstraße 2, eine **Bauanschläger-Versammlung** statt. Ersuchen um zahlreiches Erscheinen.

Lichtbilder-Vorträge

werden abgehalten am Dienstag, den 19. Mai, abends 6 1/2 Uhr, in Karlsruhe in der „Karlsruhe“, Akademiestr. 30; im Gasthaus „Zum Napfen“, Napfenstraße 6, am Mittwoch, den 20. Mai, abends 6 1/2 Uhr.

Eintritt frei!
Am Himmelfahrtstag wird bei günstiger Witterung ein **Ausflug** veranstaltet und zwar durch den Durlacher Wald, Grünwettersbach, Homaschhof nach Kleinsteinbach.
Treffpunkt früh 7 Uhr Durlacher Tor. 987
Zurück kann man mit der Staatsbahn 10⁴⁵ oder 12⁴⁷.
Ankunft Karlsruhe 11¹⁴ oder 1¹⁷. Fahrpreis 30 Pfennig.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Karlsruhe.
Ordnung: Wilhelmstr. 47 III. Telefon 3109.
Sonntag, den 17. Mai, nachmittags 1/2 1 Uhr, findet im Welt-Kino, Kaiserstraße 188, eine **Separat-Vorstellung**

mit aussergewöhnlichem Programm für unsere Mitglieder und deren erwachsene Angehörige statt. Eintrittskarten sind bei unseren Eintasslerern und auf dem Büro zu haben.
Donnerstag, den 21. Mai (Himmelfahrtstag) findet unser diesjähriger **Ausflug**

nach **Müngenmünster, Rinne Sandes, Madenburg, Trifels** nach **Amnweiler** statt.
Die Abfahrt erfolgt in Karlsruhe morgens 7,10 Uhr.
• Mühlburg 7,19 „
• Amnweiler 7,24 „
• Madenburg 7,37 „
• Trifels 7,49 „
Mundvorrat für den ganzen Tag ist mitzunehmen.
Wir laden unsere Mitglieder und Freunde zu beiden Veranstaltungen herzlich ein und erwarten starke Beteiligung. 980
Die Ortsverwaltung.

Sparsamkeit

bedeutet:
die Bereitung eines gesunden hekömmlichen Hausgetränkes
(Apfelmost-Ersatz) aus **dieser Marke**
Ein **Versuch** überzeugt!
559 **Zu haben in Drogen u. Kolonialwarenhandlg.**



Berlobten

empfehle mein großes Lager in Kompletten **Wohnungseinrichtungen** sowie einzelne **Holz- und Polstermöbel** bei sehr billiger Berechnung.
Weil kein Laden vorhanden
= **Extra-Rabatt** =
Schreinerei, Möbelslager
S. Kiefer, Durlach,
Grienerstr. 1. 7077

Verkaufe und Kaufe

fortwährend neue und getragene Herrenkleider, Schuhe, Stiefel, blaue Arbeitsanzüge, gebr. Uhren, Waffen, Gold und Silber, Brillanten, Jagdgewehre, Pfandkassens, Möbel, Kleideroffen.
Erstes größtes **Levy** u. Verkaufsgeschäft
Nackarasenstr. 22. Tel. 2015.

„Augen-Muskel-Nerven-Stärker“

Enz.-Brantwein Nr. 8386 à 1,00
Drog. O. Mayer, Wilhelmstr. 20
Strauss-Drogerie in Mühlburg.

Willh. Eckert,

Uhrmacher, Marienstr. 20,
neb. dem Apollo-Theater
empfehle mein Lager in 1 **Taschen- u. Wanduhren.**
Billige **Reparatur-Werkstätte, Trauringe, 8 u. 14 Kar.** gestempelt, das Paar b. W. 12-27. Brillen u. Zwicker.

Reparaturen

an **Uhren, Goldwaren, Brillen u. Zwicker** wird unter Garantie fachgemäß in eigener Werkstatt sofort und billigst ausgeführt.
Gg. Paul, Uhrmacher,
Marienstr. 33. 549

Kinderrwagen

in Nickelgef., gut erb., ein obaler Tisch, billig zu verkaufen.
Morgenstr. 51, 4. St. r.
Schönes **Wohngest.** (20 Zim.) à 120. Auch werden **Matrasen für 2 u. 3 Zim.** für 8 u. 10 aufgearbeitet. 989
Schloßplatz 8, Hof.

Baukloster

(stüdtiger Anschlag) sucht sofort dauernde Beschäftigung. Näheres in der Exped. d. Bl.
Dudoffstr. 11, Hof 2. St.
ist ein einfach möbliertes Zimmer sofort zu vermieten.

F.-Fahrrad

reparaturfrei, sehr stark, für 20 Mark abzugeben.
Kriegstraße 142, 5. St.

Beleihigungs-Zurücknahme

Die gegen **Rudolf Weber, Maurer** hier, in der Aufregung ausgegebene **Beleihigung** nehme ich hiermit **renuig zurück** und zahle die Kosten des Verfahrens.
Pflaferstr. den 11. Mai 1914.
988 **Karl Weber.**

Donnerstag Freitag Samstag

Herren-Artikel

- Farbige Oberhemden, Percal durchgestreift 3,20
- Piqué-Oberhemden, weicher Rippsalten-Einsatz 3,40
- Halsfreie Sporthemden, weiss Natté, „Die grosse Mode“ . . . 3,50
- Herren-Nachthemden, gutes Hemdentuch mit farbigem Borden-Besatz 2,65
- Herren-Kragen, beliebte Formen mit angerollten u. ungelegten Ecken, 4fach, Decke la Leinen, „erstes Fabrikat“ 1/2 Dtzd. 2,40
- Herren-Kragen, neueste Stehuhleg- und amerik. Formen, 4fach, Decke extra la maoco, „erstes Fabrikat“ 1/2 Dtzd. 2,60
- Weiche Sportkragen, weiss und beige Natté Stück 35 s
- Breite Selbstbinder in neuestem Dessinsortiment Stück 65 s
- Breite Selbstbinder und Regattes mit und ohne Band Letzte Neuheiten in Broché, Chiné und Römerstreifen Stück 90 s
- Hosenträger mit Ersatzteilen, feine kunstseid. Bänder Paar 1,10

Hermann Tietz

Radler

kaufen am vorteilhaftesten

Räder, Pneumatiks, Ketten
v. 48.- an von **1,70 an** v. 1,25 an

Pedale von **0,85 an** **Glocken** von **0,13 an** usw.

81 Kaiserstrasse 81
Nordische Stahlgesellschaft m. b. H.

Strickmaschine

wegen Platzmangel zu verkaufen. Käufer wird angeliebt und kann für die Fabrik streuen. 984
Auerstraße 11, portiere.

Zur gefälligen Nachricht!

Die grosse Wanderschau- stellung **Original Arena** Rigi, Weitzmann & Strohschneider, ist wieder in **Karlsruhe-Mühlburg, vis-à-vis „Westendhalle“**, Vogesenplatz, eingetroffen
Donnerstag, den 14. Mai 1914, 8 Uhr:
Grosse Gala-Künstler-Eröffnungs-Wettspiele.
Lauter Artistensterne. Die besten Hochschulkünstler der Welt. Wert, stundenweit besucht zu werden. Elektrische Beleuchtung. **Konzert-Musik.** Bequeme Sitzplätze. Billige Eintrittspreise. Alles weitere besagen die Plakate. (Haltestelle Linie Mühlburg-Rheinhafen). Hochachtungsvoll **Die Direktion.**

Aufsehen

erregen die billigen Preise der 986
Schuhbesohlanstalt „Wetzka“
Inh.: **Chr. Theurer, Werderplatz 23.**
Jede Arbeit wird daselbst in kürzester Zeit bei Verwendung besten Materials in feinsten Ausführung zu ansehnlich billigen Preisen berechnet.
Ein Versuch führt zu dauernder Kundschafft.

Am 17. und 18. Mai bin ich in **Karlsruhe i. B., Hotel „Goldener Karpfen“**, um **künstliche Augen** nach der Natur für Patienten herzustellen u. einzusetzen. Künstl. Augen können auch über dem erblindeten Auge getragen werden.
L. Müller-Urli, Augenkünstler, Leipzig und Berlin
K.-W. 6. Karlstrasse 9, 1. Stock.



Karlsruher Ferienkolonien.

Aufruf!

Das Komitee der Karlsruher Ferienkolonien beabsichtigt, auch in diesem Jahre wieder armen, kranken Schulkindern dieser Stadt das zu bieten, was ihnen in den meisten Fällen seitens der Familie nicht geboten werden kann: Eine Sommerfrische in malerischer Gegend, Erholung und Kräftigung durch gute Kost während der Sommerferien.
Im vorigen Jahre konnten, da die vorhandenen Mittel nicht ausreichten, von 780 angemeldeten Kindern leider nur 247 in die Ferienkolonien geschickt werden. Wir rufen daher allen Freunden der Jugend dringend zu: „Gedenkt der Ferienkolonien!“
Zur Entgegennahme von Gaben sind außer dem unterzeichneten Komitee bereit: die Herren Direktoren der höheren Schulen, die Herren Geistlichen, Herr Direktor Hofrat **Ordensheim**, sowie die Herren Oberlehrer der Volksschule.
Karlsruhe, den 11. Mai 1914.

Das Komitee:

- Dr. Appel, Stadtrabener, Kaiserstr. 34.
 - Dr. Bähr, Medizinalrat, Kaiserstr. 223.
 - Dr. Brian, Medizinalrat, Amalienstr. 79.
 - Dr. Doll, Hofrat, 2. Vorzügler, Ritterstr. 26.
 - Herr, Stadtschulrat, 1. Vorzügler, Hofstr. 6.
 - Fritz, Oberlehrer, Sommerstr. 10.
 - Geier, Oberlehrer, Schriftführer, Baumelkstr. 44.
 - Gahner, Oberlehrer, Durlacher Allee 16.
 - Dr. Hoffmann, Medizinalrat, Kriegstr. 11.
 - Dr. Hoffmann, Bürgermeister, Westendstr. 60.
 - Frau Kommerzienrat Hoepfner, Mintheimerstr. 15.
 - Andrzej, Geistlicher Rat, Ehrensdorfer, Erbprinzenstr. 14.
 - Frau Oberbürgermeister Lauter, Kriegstr. 98.
 - Fraulein Luy, Inspektorin des Handarbeitsunterrichts, Löwenstr. 30.
 - Dr. Müller, Medizinalrat, Redtenbacherstr. 8.
 - Dr. Paul, Arzt und städt. Schularzt, Leopoldstr. 88.
 - Peter, Vaudirektor, Schagmeister, Kreuzstr. 1.
 - Repp, Stadtpfarrer, Friedriehsplatz 15.
 - Frau Geh. Hofrat Rebmann, Gartenstr. 5a.
 - Dr. Reisch, Stadtkar, Kriegstr. 29.
 - Frau Oberamtsrätin Dr. Sauter, Weinbrennerstr. 42.
 - Dr. Seidenadel, Geh. Regierungsrat, Amtsborstand, Karlsriedrichstr. 15.
 - Siegrist, Oberbürgermeister, Pfälzstr. 1.
 - Specht, Hofrat, Ehrenmitglied, Mathystr. 13.
 - Stehlin, städt. Kurinspektor, Kaiserstr. 55.
 - Dr. Steiner, Oberarzt, Westendstr. 1.
 - Dr. Stroebel, Privatier, Kaiserstr. 201.
 - Frau Trautmann, Architekt, Eigenlohrstr. 16.
 - Dr. Trob, Hofrat, Rohmstraße 13.
 - Wiltard, Bauat, Sofienstr. 35.
 - Wiegler, Geh. Hofrat, Westendstr. 74.
- Geschäftsstelle: **Kreuzstraße 15, III. Stock, Zimmer 26 (Volksschulrektorat).**

Musikalische Festwoche

im **Café Bauer**
Donnerstag, den 14. Mai 1914
= **Fideler Abend** =
Freitag
= **Wunsch-Abend** =
Samstag
Opern- und Operetten-Abend
Sonntag
Strauß-Millöcker-Suppé-Abend
Montag
= **Elite-Abend** =
Dienstag
= **Solisten-Abend** =
Mittwoch, den 20. Mai
Ehren-Abend des Kapellmeist. Rudi Heller

Pfannkuch & Co

Dürrobst

Bosnische Zwetschen Pfund 28, 32 und 36 Pfg.

extra großfrüchtige Frucht Pf. 45 u. 50

Zwetschen entsteinete Pfund 55 Pfg.

Plochina-Zwetschen in Paketen Pfad. 40 u. 50

Dampfpfäfel Pfund 62 Pfg.

Birnschnitze Pf. 25 Pfg.

Californische Pfirsiche und Birnen Pf. 70 Pfg.

Aprikosen Pfund 90 Pfg. und M. 1.20

Feigen Pfund 30 Pfg.

Mischobst prima Mischungen Pf. 32 u. 40

ohne Stein Pf. 60

Pfannkuch & Co

Gesucht einen tüchtigen

Schlosser

oder Installateur, welcher auf großer Baustelle in Muggensturm den ganzen Sommer alle vor-

kommenen Arbeiten, auch an Motoren etc., erledigen kann, sofort gegen hohen Lohn.

Offerten unter Nr. 963 an die Expedition des „Volksfreund“ richten.

Gesucht nach Basel für Küche und Haushalt, braves tüchtiges Mädchen.

Guter Lohn, Reisevergütung. Offerten, Zeugnisse unter Chiffre B. H. 493 an die Expedition des Blattes. 961

Anholz-Versteigerung. Montag, den 18. Mai, vormittags 9 Uhr, werden in unserem Magazinhof, hinter dem städt. Bierordnbau:

4 Rappelsämme, 1 Horn und 1 Platane gegen Barzahlung öffentlich versteigert. Karlsruhe, 12. Mai 1914. Städt. Gartendirektion. 978

Spottbillig taufen Sie neue und getragene Anzüge schon von 5 Mk. an, Joppen, Hosen von 1.50 Mk. an, Damen- und Kinderkleider, K.-Anzüge v. 3 Mk. an, Schuhe, ca. 200 Paar, v. 1-5 Mk. nur bei

Glozler, Markgrafenstr. 3.

Serie I 25 Mark Einheitspreis VIATOR

Deutsche Industrie, solide, tragfähige Qualität per Anzug 8,25 Meter, Netto Casse. Wilh. Wolf jr. Kaiserstraße 82a Engros-Tuchabteilung. Eing. Lammstr.

Serie II 20 Mark Einheitspreis VIATOR

Palast-Lichtspiele. Moderne Lichtbildbühne. Herrenstr. 11 :: Karlsruhe :: Herrenstr. 11. ERÖFFNUNG. Samstag, den 16. Mai d. J., nachmittags 4 Uhr. Die neue Direktion.

Lebensbedürfnis-Berein Karlsruhe eingetrag. Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Neu eröffnet! Verkaufsstelle Nr. 29 Boeckhstraße 28. Der Vorstand.

Vollständiger Ausverkauf wegen Geschäftsaufgabe. Jetzt kaufen Sie noch sämtliche Sorten

Schuhwaren zu staunend billigen Preisen, da der Laden bald geräumt sein muß.

Schuhhaus „Hansi“ Karlsruhe, Ecke Kronen- und Markgrafenstraße.

Stauend billig! Nur kurze Zeit! Gänzlicher Ausverkauf wegen Geschäftsaufgabe! Kaiserstr., Ecke Waldhornstr. Es gelangen zu spottbilligen Preisen zum Verkauf: Herren-Anzüge, Burschen- und Knaben-Anzüge, Capes, Bozener Mäntel, Hosen, Sommer-Joppen, Westen, Damen-Mäntel, Capes, Paletots, Kostüme, Kostüm-Röcke, Unterröcke, Blusen, Trikotagen, wie Ein-satz- und Macco-Hemden, Hosen, Hand-taschen, Portemonnaies etc. Selbst der weiteste Weg lohnt sich! Nur moderne, reelle Waren. Kaiserstrasse, Ecke Waldhornstr.

Städt. Seefischmarkt. Donnerstag nachmittag von 3 1/2-7 Uhr und Freitag vormittag von 8-11 Uhr. Die Filialmärkte bleiben geschlossen. Karlsruhe, den 13. Mai 1914. Städt. Schlacht- und Viehhofdirektion. Gulah, Hauptstraße 41, ist ein möbl. Zimmer zu vermieten. Brauerstr. 13, 1. St. L. ist ein möbl. Mansarden-Zimmer sof. ob. sp. zu vermieten.

Pfannkuch & Co

Leigwaren

Bruch-Maccaroni Pf. 28 Pfg.

Maccaroni offene dicke 30 Pfg.

dünne 36 Pfg.

Maccaroni in 1/2 u. 1/4 Paketen Pfund 40, 45 und 55 Pfg.

Eiertüte 65 Pfg. Mariebrot Pfund 76

Gemüse-Nudeln offen Pf. von 32 an

Hausmacher nur in Paket 1/2 Pf. 40 Pfg.

Feinste Eier-Hausmacher in 1/2 u. 1/4 Paketen Pfund 45, 55 und 65 Pfg.

3 Glocken-Nudeln Pfund 76 Pfg.

Gemüse-Maccaroni (Muscheln) Pfund 32 Pfg.

Pfannkuch & Co

Gesucht ein tüchtiges

Eilt! Eilt!

1. Grosse Karlsruher Geld-Lotterie

z. Erbauung eines Seminars f. Haushalts- u. Lehrerinnen. Ziehung garantiert 28. Mai.

1718 Geldgew. ohne Abzug

19000 M. Hauptgewinn bar Geld

10000 M. 51. Offenburg. Lotterie

Ziehung garantiert 4. Juni. Gesamtwert der Gewinne: 30000 M.

14 Gewinne: 15000 M.

586 Gewinne 15000 M.

Obige Lose je Mark 1.— (11 L. 10 M., Porto u. Liste je 25 Pfg.) empfiehlt und versendet Lott.-Unternehmer

J. Stürmer Sträßburg 1. E., Langstraße 107. Filiale: Kohl a. Rh., Hauptstr. 47. In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstr. 11/15, E. Flüge,

Die ... haben, die ... untergraben ...